



**GEMEINSAM MANNHEIMS
ZUKUNFT GESTALTEN**

MENSCH RAUM STADT

REDE DES VORSITZENDEN
DER SPD-GEMEINDERATSFRAKTION
RALF EISENHAUER
ZUM DOPPELHAUSHALT 2012/2013
DER STADT MANNHEIM
MANNHEIM, 22.11.2011



GEMEINDERATSFRAKTION MANNHEIM²

Mensch – Raum – Stadt

Gemeinsam

Mannheims Zukunft gestalten!

Rede des Vorsitzenden der SPD-Gemeinderatsfraktion, Ralf Eisenhauer
zum Doppelhaushalt der Stadt Mannheim für die Jahre 2012 und 2013
Mannheim, 22. November 2011

<http://www.in-mannheim-spd.de>

Herausgeber: SPD-Gemeinderatsfraktion

Redaktion: SPD-Fraktionsgeschäftsstelle

Ralf Eisenhauer

Dr. Felicitas Merkel

Helmut Lupke

Marianne Bade

Adnan Alibasic

Peter Baltruschat

Dr. Stefan Fulst-Blei

Rathaus E5

Reinhold Götz

68159 Mannheim

Helen Heberer

Tel. 0621-293-2090

Joachim Horner

Email: spd@mannheim.de

Lena Kamrad

Gabriele Katzmarek

Grafische Gestaltung

Andrea Safferling

Peter Münch

Ulrich Schäfer

www.peter-muench.com

Rainer Spagerer

Elke Stegmeier

Prof. Dr. Horst Wagenblaß

Dr. Boris Weirauch

Mannheim, November 2011

Inhalt

Der Mensch steht im Mittelpunkt	6
Kommunalpolitik in Zeiten europäischer Finanzkrise	9
Rückführung der Verschuldung und Stärkung der Einnahmen	10
Aufhebung der Gewerbesteuerermäßigung	11
Schwerpunkte der SPD	13
Neuordnung der Dezernate	14
Bildung ist ein Menschen recht	15
MAUS weiter entwickeln	16
Offene Bürgerschule diskutieren	17
Mannheimer Schule: Schule und Kultur verknüpfen	18
Gemeinschaftsschulen für mehr Chancengleichheit	19
Fachkräfte gewinnen durch internationale Bildungsangebote	20
Schulsanierungsprogramm fortsetzen	20
Masterplan „Berufliche Bildung Mannheim“	21
Modellstadt Inklusion	22
Kinderbetreuung ausbauen	23
Mannheims Jugend unterstützen	24
Jugendtreffs ausbauen	25
Wirtschaft und Arbeit dienen dem Menschen	26
Zugang zum Arbeitsmarkt verbessern	27
Rekommunalisierung von Aufgaben	28

Gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung	29
Neue Wirtschaftspolitische Strategie	30
Ausbildung und Personalgewinnung bei der Stadt Mannheim	31
Soziale Politik für alle Menschen	33
Integration hat bei uns eine gute Tradition	34
Vielfalt ist das Kapital von morgen	35
Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe	36
Sozialticket einführen	37
Wahlmöglichkeit für Pflegeheime nicht einschränken	37
Schuldnerberatung der freien Wohlfahrtspflege erhalten	38
Stadtteilservice als soziales Netzwerk vor Ort	39
Sozialpsychiatrische Dienste erhalten	40
AIDS-Hilfe sichern	40
Fraueninformationszentrum für Beratung von Frauen in Gewaltsituationen sichern	41
Den Raum nachhaltig gestalten	43
Zentrum stärken	44
Glückstein-Quartier gestalten	45
Konversion als Chance begreifen	46
Die Ideen der Menschen weiter entwickeln	47
Vision Rhein-Neckar-Park	48
Mannheim bleibt Herr des Verfahrens	50

Zivilbeschäftigte unterstützen	51
Friedliches Miteinander in Vielfalt und Toleranz	51
Mobilität in Mannheim verbessern	52
Radverkehr ausbauen	54
Klimaschutzprojekte fortführen	54
Unsere Stadt erleben	56
Europäische Kulturhauptstadt 2020	57
Kulturstadt Mannheim	59
Stadtteilkultur und Freie Szene	61
Sportstadt Mannheim	62
Stadt der Stadtteile	65
Fehlende Bundesmittel für die Städtebauförderung	66
In unseren Stadtteilen leben und wohnen	67
Change ² – Stadtteilorientierung und Bürgerbeteiligung	72
Stadtteilorientierung – Quartiermanagement	74
Bürgerschaftliche Beteiligung – Bürgerschaftliches Engagement	75
Sicherheit und Sauberkeit in den Stadtteilen	77
Danke	79

Der **Mensch** steht im Mittelpunkt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir beraten hier im Gemeinderat den Haushaltsplan der Stadt Mannheim für die Jahre 2012 und 2013, sowie die Finanzplanung bis 2015. Die Verwaltung hat uns dafür ihren Entwurf vorgelegt mit einem Volumen von 980 Mio. € im ersten und 1 Mrd. € im zweiten Haushaltsjahr.

Der Vorbericht umfasst 73 Seiten und enthält Strukturdaten zur Zahl und Zusammensetzung der Einwohner, Prozentangaben zum Stand der Beschäftigung, Kennzahlen zur Kaufkraft usw. Der eigentliche Gesamthaushalt zeigt uns auf 620 Seiten in Tabellenform die Ertrags- und Aufwandsarten sowie die Einzahlungs- und Auszahlungsarten. Dazu kommen auf 116 Seiten die Anlagen, etwa zum Finanzplan, zum Stand der Rücklagen oder zu den Zuschüssen. Ergänzt um den siebzehnteiligen Stellenplan halten wir somit einen zweieinhalb Kilo schweren Ordner in Händen.

Dieser Ordner ist das geronnene Wissen unserer Stadtverwaltung. Dieser Ordner ist der Plan, nach welchem die Stadtverwaltung in den kommenden Jahren arbeiten möchte. Dieser Ordner ist ein herausragendes Beispiel der menschlichen Abstraktionsfähigkeit, nämlich, die Vielfalt einer Stadtgesellschaft in Zahlen und Fakten abzubilden. Und ich habe größte Hochachtung vor allen Beteiligten, die einen Beitrag dazu geleistet haben und möchte Ihnen bereits an dieser Stelle namens der SPD-Gemeinderatsfraktion meine Anerkennung und meinen aufrichtigen Dank aussprechen.

Doch nüchtern betrachtet ist dieser Ordner zunächst nur eines, nämlich Papier!

Und erst durch unsere politische Diskussion über Aufgaben und Ziele, durch unsere Argumente für und wider eine bestimmte Einnahme oder Ausgabe und letztlich durch unsere mehrheitliche Entscheidung über Anträge und schließlich über die Haushaltssatzung kann dieser Ordner beginnen zu leben. Und dieses dann beginnende Leben kann nur dadurch gelingen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung diesen Zahlen Leben einhauchen. Dass sie aus Planzahlen

Wirklichkeit gestalten und etwas bewirken. Es können Bauten errichtet und verändert werden, Kinder und Erwachsene können lernen, ihre Freizeit genießen, Kunst und Kultur erleben und dadurch teilhaben an unserer Gemeinschaft. Nur dann können die Menschen in unserer Stadt erfahren und erleben, was wir als ihre Vertreter mit diesem Instrument eines Haushaltsplans beabsichtigen, nämlich gemeinsam die Zukunft zu gestalten.

Aber auch unser städtischer Haushalt ist trotz seines beeindruckenden Volumens von jährlich rund einer Milliarde Euro zwar ein wichtiger, aber keinesfalls der alleinige Beitrag zur Gestaltung unserer Stadt. Denn es sind die Menschen, die Tag für Tag mit darüber entscheiden, in welcher Stadt wir leben wollen. Beispielhafte Beteiligungsprozesse dazu sind etwa bei der Stadtbahn Nord und bei der großen Aufgabe der Konversion begonnen worden. Für die SPD ist dieses ein viel versprechender Beginn für mehr Beteiligung der Bürger. Auf diesem Weg wollen wir weiter vorangehen.

Im sogenannten „Neuen Kommunalen Haushaltsrecht“ befassen wir uns nun mit dem Ergebnishaushalt und dem Finanzhaushalt, mit Produktbereichen und Produktgruppen. Doch ob Kameralistik oder Doppik, es bleiben nüchterne Zahlen und weder steigen durch eine andere Buchführung unsere Einnahmen, noch verringern sich dadurch unsere Ausgaben. Allerdings haben wir mit dem neu vorgelegten Haushalt einen Einstieg geschafft, hin zu mehr Transparenz und wirksamer Verwendung von Mitteln.

Wir kommen im Gemeinderat zusammen als gewählte Vertreter von 323.794 Menschen in unserer Stadt, und wir wollen hier Politik gestalten. Wir verhandeln und streiten um Zahlen, wir kürzen oder erhöhen vorgesehene Ansätze und wir entscheiden über Steuern und Gebühren. Doch vor allem schaffen wir damit die Grundlagen dafür, wie die Menschen in Mannheim in Zukunft leben und arbeiten, wie Kinder bei uns aufwachsen, wie Alte und Kranke versorgt werden und in welchem Zustand wir unsere Stadt kommenden Generationen hinterlassen werden. Und diese Gestaltung unserer Stadt gelingt uns nur gemeinsam mit den Menschen, die hier leben.

Es ist das Anliegen und das Angebot der Mannheimer SPD, auf dem vor uns liegenden Weg der Haushaltsberatungen hart und kontrovers um Zahlen zu streiten, doch gemeinsam eines nicht zu vergessen: Es geht um die Menschen in unserer Stadt, es geht um Gerechtigkeit und Teilhabe und es geht um ein friedvolles Miteinander in der Stadt, in der wir leben.

Kommunalpolitik in Zeiten europäischer Finanzkrise

Die Schreckensmeldungen aus der Finanzwelt gehören inzwischen seit Monaten zum Alltag. Und die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen in Ländern wie Griechenland, Italien, Portugal oder Spanien sind verheerend. Ein Krisengipfel folgt dem anderen und Finanzjongleure und Rating-Agenturen treiben die Politik vor sich her. Angeführt von den konservativen Regierungen in Paris und Berlin werden Entscheidungen stets nur reaktiv und mit einer Haltbarkeitsdauer von wenigen Tagen getroffen. Statt endlich entschlossen den Finanzsektor zu regulieren, wird von der „Verunsicherung der Märkte wegen der Staatsschulden“ gesprochen. Der Bevölkerung wird erklärt, man könne das Vertrauen der sensiblen Finanzmärkte nur durch harte soziale Einschnitte zurückgewinnen. Die Rede ist wieder vom „schlanken Staat“.

Doch es war eben gerade nicht der „schlanke“, handlungsunfähige Staat, der in der Finanzkrise 2008 in Deutschland dafür gesorgt hat, dass unsere Volkswirtschaft sich bis heute so robust zeigen kann. Es waren klassische Instrumente der Staatsintervention, Nachfrage wurde stimuliert, Beschäftigung abgesichert und massiv öffentliches Kapital investiert. Kurzarbeiterregelung und Konjunkturprogramm hieß das – und es waren Sozialdemokraten wie Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und Olaf Scholz, die die Schockstarre der Neokonservativen überwandern und verantwortungsvoll handelten.

Auch hier in Mannheim haben wir auf Grundlage dieser Konjunkturprogramme des Bundes in den vergangenen Jahren in erheblichem Maße öffentlich investiert und damit die Betriebe und deren Beschäftigte gestützt. Allein im Bereich der Schulen haben wir 4,2 Mio. € in die Hand genommen, um

die zur Verfügung stehenden Fördermittel des Bundes von 11,8 Mio. € nach Mannheim zu holen. Insgesamt flossen 16 Mio. € zusätzliche Investitionen in die Schulen. Seit dem Jahre 2001 haben wir weitere ca. 174 Mio. € in den Neubau, die Generalsanierung und die Sanierung von Schulen investiert.

Rückführung der Verschuldung und Stärkung der Einnahmen

Allein das entschlossene staatliche Handeln auf allen Ebenen hat die deutsche Volkswirtschaft in einer kaum für möglich gehaltenen Stärke bisher durch die Turbulenzen der vergangenen Jahre geführt. Dieses in der Nachkriegsgeschichte einmalige Konjunkturprogramm wurde im vollen Bewusstsein der dramatischen, krisenbedingten Steuerausfälle auf den Weg gebracht. Und die somit unvermeidliche Zunahme der öffentlichen Verschuldung muss – derselben volkswirtschaftlichen Logik folgend – bei einem Erfolg der Maßnahmen umgehend wieder zurückgeführt werden. Und zwar durch höhere Einnahmen. Der Staat hat Banken und Unternehmen gerettet und sich dafür verschuldet – wer, wenn nicht die Unternehmen, sind nun in besonderem Maße verpflichtet, diesen Schuldenberg mit abzutragen?

Und nachdem die einstmaligen Verfechter eines völlig deregulierten Marktes und eines auf reine Ordnungspolitik beschränkten Staates in der Krise abgetaucht waren, keinerlei Vorschläge machten, aber dankbar jedes staatliche Rettungsangebot für die Märkte annahmen, möchten sie nun, wie ausgerechnet die FDP, die Steuern senken. Das ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf dem Höhepunkt der europäischen Schuldenkrise eine Senkung der Steuern und Sozialabgaben zu fordern, ist volkswirtschaftlicher Unfug!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben vor zwei Jahren gemeinsam das Haushaltsstrukturprogramm mit zum Teil harten Maßnahmen verabschiedet, um strukturell unsere Ausgaben zu begrenzen. Nach übereinstimmender Auffassung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters wie

des christdemokratischen Kämmerers haben wir damit auf der Ausgabenseite das Äußerste erreicht. Wir alle aber haben im vorliegenden Haushaltsplanentwurf bei den Investitionen erkennen müssen, dass wir zwar im Bereich Kinderbetreuung und Schule nicht nachlassen, dass wir aber etwa für den Erhalt unserer Infrastruktur keine ausreichenden Mittel haben werden. Dies gilt für Straßen und Radwege ebenso wie für Sportanlagen und Bürgerhäuser. Und dass wir bei den Zuschüssen an bürgerschaftliche, soziale und sportliche Initiativen die Beträge seit Jahren fest geschrieben haben, ist niemandem zu vermitteln. Und im Übrigen sollten wir auch noch mehr als geplant, den Schuldenstand reduzieren.

Aufhebung der Gewerbesteuerermäßigung

Deshalb schlagen wir dem Mannheimer Gemeinderat vor, wie bereits vor zwei Jahren in der Finanzplanung vorgesehen, zur Verbesserung der Einnahmesituation den seit 2001 reduzierten Hebesatz der Gewerbesteuer wieder auf 430 Punkte zurückzuführen.

Dadurch erzielen wir gegenüber dem vorliegenden Entwurf für das Haushaltsjahr 2012 Mehreinnahmen von etwa 9,5 Mio. € und für das Haushaltsjahr 2013 Mehreinnahmen von etwa 9,8 Mio. €.

Nach Aussage unseres Kämmerers tragen wenige große und erfolgreiche Unternehmen in unserer Stadt den allergrößten Teil bei zu unseren Gewerbesteuereinnahmen. Für ein Unternehmen mit einem Jahresgewinn von 1 Mio. € bedeutet die von uns vorgeschlagene Aufhebung der Gewerbesteuerermäßigung etwa 5.200 € zusätzlich, also 0,52%. Dies halten wir angesichts der eingangs geschilderten volkswirtschaftlichen Rahmendingungen für einen mehr als angemessenen Beitrag. Und für die vielen kleinen Unternehmen und Handwerker ergibt sich folgende Betrachtung: Bei einer Einzelperson oder einer GbR mit einem Jahresgewinn bis 10.000 €, wohl gemerkt nach Abzug des Gehalts für Inhaber und ggf. beschäftigte Familienangehörige, ändert sich gar nichts. Bei einem Jahresgewinn von 100.000 € bedeutet es weniger als 400 € mehr im Jahr.

Unter Führung unseres Oberbürgermeisters investieren wir seit vielen Jahren in erheblichem Umfang in den Wirtschaftsstandort Mannheim. Angefangen vom Ausbau der Kinderbetreuung, der Schulen und unserer Wissenschaftszentren, über die Förderung von Innovationstreibern und Technologieclustern, bis hin zur Fortentwicklung unserer kulturellen Angebote sind dies alles Maßnahmen, die insbesondere von Seiten der Wirtschaft als wesentliche Standortvorteile genannt und angemahnt werden. Demgegenüber spielt das Thema Gewerbesteuer als Standortfaktor nur eine untergeordnete Rolle, wie uns etwa die IHK auf Grundlage einer Umfrage unter ihren Mitgliedsunternehmen bei einem Gespräch bestätigte.

Wir erzielen dadurch ca. 9,6 Mio. € Mehreinnahmen pro Jahr. Wir wollen diese zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel wie folgt verwenden:

Erstens: Wir verwenden zwei Drittel, daraus jedes Jahr ca. 6 Mio. €, zum zusätzlichen Abbau der Verschuldung! Allein die Zinsersparnis beträgt ca. 240.000 € im ersten Jahr und 480.000 € im zweiten Jahr.

Damit wollen wir Zuschüsse erhöhen, die seit vielen Jahren eingefroren waren.

Und Zweitens: Wir sichern unser städtisches Vermögen für zukünftige Generationen! Wir wollen jedes Jahr ca. vier Millionen in den Bereichen Mensch – Raum – Stadt zusätzlich investieren.

Mensch:

1. Wir verstärken unsere Anstrengungen im Bereich Kinder, Jugend, Bildung!
Etwa zur Weiterentwicklung von MAUS und zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit.
2. Wir führen ein Sozialticket ein für Menschen mit einem geringen Einkommen!
Das Beispiel Köln belegt die überschaubare finanzielle Dimension.

Raum:

3. Wir erhöhen die Investitionen zum Erhalt unserer Infrastruktur!
Vor allem zur Sanierung unserer Straßen und Gebäude.
4. Wir beschleunigen den vorgesehenen Ausbau unseres Radwegenetzes!
Nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Stadtteilen.

Stadt:

5. Wir erhöhen die Investitionen zur Stärkung unser Stadtteile!
Etwa für die südliche Platzhälfte Alter Messplatz oder das Siedlerheim Schönau.
6. Wir erhöhen die Investitionen im Bereich Sport und Freizeit!
Insbesondere zur Unterstützung unserer Vereine.

Schwerpunkte der SPD

Der Haushalt ist unser Plan für die Zukunft unserer Stadt. Dabei wollen wir als Mannheimer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klare Schwerpunkte setzen.

Wir wollen insbesondere Investitionen unterstützen in den Themenbereichen Kinder, Jugend und Bildung, also **Investitionen für eine gute Zukunft der Kinder und Familien** in Mannheim.

Wir wollen das **städtische Vermögen für zukünftige Generationen sichern**, unsere Schulden zurückführen und unser städtisches Vermögen langfristig erhalten.

Und letztlich ist die entscheidende Frage für die SPD:

Ist unser Haushaltsplan sozial ausgewogen? **Sind die Lasten und Leistungen gerecht verteilt?**

Neuordnung der Dezernate

Lassen Sie mich zum Abschluss meiner einleitenden Bemerkungen auch klar Stellung beziehen zu unserer gemeinsamen Entscheidung mit den Fraktionen von CDU und GRÜNE, ab 2013 ein fünftes Dezernat einzurichten. Der Gemeinderat hat im Jahre 2007 einen grundlegenden Umbau der Verwaltung beschlossen, der den zeitgemäßen Anforderungen gerecht werden sollte. Ein Baustein – wenn auch nicht der wichtigste – war die Reduzierung der Dezernate. Wir haben die Ernennung unserer Bürgermeisterin, Frau Warminski-Leitheußer, zur Ministerin und die dadurch anstehende Neubesetzung zum Anlass genommen, die Grundstruktur der Verwaltung erneut einer Prüfung zu unterziehen. Grund dafür sind einerseits die großen aktuellen Herausforderungen und Aufgabenstellungen und andererseits, die Überzeugung, dass sich die Zusammensetzung des Gemeinderats auf der Dezernentenbank widerspiegeln soll. Dies ist mit gutem Grund von der Gemeindeordnung so vorgesehen. Für diese politische Entscheidung, die auch dem Kommunalwahlergebnis aus dem Jahre 2009 entspricht, ist alleine der Gemeinderat verantwortlich. Die Gemeinderatsfraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben deshalb nach intensiven Gesprächen einen entsprechenden Antrag formuliert. Der Oberbürgermeister hat diesen Antrag aufgenommen und wird in einem abgestimmten Verfahren im kommenden Jahr einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Bildung ist ein **Menschenrecht**

Bildung ist ein Menschenrecht und hat für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten höchste Priorität. Wir wollen, dass alle jungen Menschen in unserer Stadt die Chance für ein selbstbestimmtes Leben erhalten. Dafür wollen wir ihnen Angebote unterbreiten, damit sie aus ihren individuellen Möglichkeiten und Fähigkeiten das Beste entwickeln können. Der altersgemäße Umgang mit der deutschen Sprache ist für alle Menschen in Mannheim Grundvoraussetzung für Lernen und Teilhabe. Demokratischer Diskurs beruht auf gemeinsamer Verständigung, schulischer und beruflicher Erfolg setzen eine gute Sprachkenntnis voraus. Viele Menschen in unserer Stadt, gerade auch viele Migrantinnen und Migranten, haben einen Aufbruchswillen und Pioniergeist und möchten etwas für sich und ihre Familie leisten. Dies wollen wir im Rahmen kommunaler Bildungspolitik ermöglichen und unterstützen.

Mannheim hat in den letzten Jahren mit seinen kommunalpolitischen Initiativen wie MAUS oder Quadratkilometer Bildung bundesweit Aufmerksamkeit erlangt. Beispiele hierfür sind Berichte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung oder im Bundesmagazin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Am 3. November 2011 wurde der SPD-Gemeinderatsfraktion auf einem bundesweiten Kongress von der DEMO – der kommunalpolitischen Zeitschrift der SPD – der Kommunalfuchs für das beste kommunalpolitische Einzelprojekt (MAUS) verliehen. Darüber haben wir uns sehr gefreut und bedanken uns bei allen, die uns dabei tatkräftig unterstützt haben. Das Preisgeld von 500 Euro werden wir einem noch zu bestimmenden Bildungsprojekt zuführen.

MAUS weiter entwickeln

Nach dem erfreulichen Wechsel in der Landesregierung und dem damit verbundenen Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg wollen wir nun in Mannheim überprüfen, ob wir unsere bestehenden Instrumente neu ausrichten müssen. Mit Blick auf die landesweite Diskussion um Gemeinschaftsschulen oder Ganztagschulen wird deutlich, dass viele Kommunen zur tatsächlichen Umsetzung genau das benötigen, was wir mit dem Mannheimer Unterstützungssystem Schule (MAUS) bereits entwickelt haben: ein qualitativ hochwertiges Bildungsprogramm über den

bestehenden Fächerkanon der Schulen hinaus. Die Stärke von MAUS ist neben der Breite des Angebots seine besondere Flexibilität, wie etwa die Unterstützung auch am Wochenende oder in Ferienzeiten. Schließlich hat die Evaluation durch die Universität Würzburg eindrucksvoll bestätigt, dass es mit MAUS gelingt, die Motivation von Schülerinnen und Schülern, ihre Lust am Lernen, nachhaltig zu steigern. Dies haben wir erreicht durch unsere städtischen Bildungspartner bei der Abendakademie, bei der Stadtbibliothek und der Musikschule sowie im Jugendamt.

Wir wollen MAUS quantitativ wie qualitativ fortentwickeln. Zum einen schlagen wir vor, zwei weitere Grundschulen in MAUS aufzunehmen und somit die Gesamtanzahl auf fünf Grundschulen zu erhöhen. Zum anderen wollen wir die Abendakademie beauftragen, einen MAUS-Kongress zum Thema Ganztagschule durchzuführen. Die Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, dass Ganztagschulen mit sinnvoll verteilten Lernzeiten vielfältige Kooperationen auch mit kommunalen Bildungseinrichtungen eingehen sollen. Dieses Angebot wollen wir aufgreifen und das Potential von MAUS in allen Ganztagschulen nutzen. Auch geht es um Vorschläge zur Ausdehnung in den vorschulischen oder sportlichen Bereich („Mini-MAUS“ bzw. „Sport-MAUS“). Zugleich ist an dieser Stelle die Finanzierungsfrage aufzuwerfen, die mit dem Land geklärt werden muss.

Offene Bürgerschule diskutieren

Neben der Frage der Ausgestaltung der Ganztagschule wollen wir auf einem solchen MAUS-Kongress aber auch das Thema „Offene Bürgerschule“ diskutieren. Die Offene Bürgerschule geht auf eine Initiative um Prof. Dr. Martin Weingardt von der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg zurück. Sie befürwortet ein schulisches Lernen, welches grundlegend mit den Bildungspotentialen eines Gemeinwesens verwoben ist. Lernprozesse sollen lebensnah, sinnvoll und nachhaltig gestaltet werden. Zugrunde liegt dem ein zentrales Netzwerk von lokalen Bildungsorten und Lerngelegenheiten. Die Bildung eines Kindes, eines Jugendlichen, erfolgt durch und in der Mitte der Gesellschaft. Individuell werden Möglichkeiten zum Lernen auch im Zusammenspiel mit Partnern von

außerhalb der Schule geschaffen. Schulen, die das Konzept der Offenen Bürgerschule verfolgen, orientieren sich an fünf Maximen:

- 20 % des Lernens sind schulextern ausgerichtet: Bildungsorte und -partner von außerhalb sind eingebunden,
- 20 % des Lernens sind individuell orientiert,
- mindestens 20 % „differente“ Schüler sind zu inkludieren,
- 20 % der Lehrerarbeitszeit werden zur Verständigung mit Schülern, Eltern, Bildungspartnern und Kollegen verwandt,
- 20 % des Stoffs beziehen sich auf ein schulspezifisches, lokales Curriculum.

Die Gemeinschaft wird über sogenannte Bürgerbeiräte eingebunden. Diese bestehen aus lokalen Vertretern, z. B. von Stadt, Gewerbe, Jugendverbänden, Vereinen, Kirchen, Eltern etc. Es muss sich um Menschen handeln, die sich mit praktischen Ideen für die lokale Bildung und ihre Schule engagieren wollen. Schule soll so lebensnah mit Ernstcharakter gestaltet werden. Entsprechende Vorbilder finden sich in Schwieberdingen, Mönchweiler und vielen weiteren Gemeinden im Land. Wir sind der Auffassung, dass in dem Modell der Offenen Bürgerschule auch für Mannheim viel Potential liegt. Es ist ein moderner Ansatz zur Gestaltung der Bürgergesellschaft im Bildungsbereich.

Mannheimer Schule: Schule und Kultur verknüpfen

Eine weitere Idee zur Fortentwicklung der Mannheimer Schullandschaft wollen wir verfolgen, indem wir einen Planungsansatz für die „MANNHEIMER Schule“ bereitstellen. Unter der MANNHEIMER Schule verstehen wir eine Schule, welche die Potentiale der Kulturstadt Mannheim nutzt, um Bildung innovativer zu gestalten. Denkbar ist dabei vieles: Die „Ausschreibung“ dieser Schule unter den bestehenden Schulen Mannheims oder aber der Aufbau einer neuen Schule unter städtischer Regie. Leitbild soll die Verknüpfung von Schule und Kultur sein. Gerade die besonders renommierten

Mannheimer Kultureinrichtungen, wie das Nationaltheater, die Reiss-Engelhorn-Museen und unsere demnächst neue Kunsthalle, wollen wir in die Pflicht nehmen, mit ihrem beträchtlichen Anteil am Gesamthaushalt künftig auch in wesentlich stärkerem Maße als bisher Aufgaben der Bildungspolitik zu übernehmen. Die Weiterentwicklung dieses Gedankens kann auch ein wertvoller Beitrag sein im Zuge unserer Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt.

Gemeinschaftsschulen für mehr Chancengleichheit

Beide Ideen, die der Offenen Bürgerschule und die der MANNHEIMER Schule, lassen sich miteinander oder auch getrennt voneinander realisieren. In jedem Fall sollte Mannheim als kommunaler Bildungsträger weiterhin bemüht sein, innovative Akzente zu setzen. Dazu gehört auch, dass wir nun die Chancen ergreifen müssen, die uns die neue Schulpolitik in Baden-Württemberg ermöglicht. Auch in Mannheim brauchen wir Gemeinschaftsschulen. Wir wollen in Mannheim mehr Schulen mit mehr Chancengleichheit aufbauen – Schulen, in denen die individuelle Förderung des Kindes im Mittelpunkt steht. Unser Ziel ist es, neben der IGMH in der Mitte der Stadt mindestens zwei weitere Schulen, eine im Norden und eine im Süden, zu verwirklichen, sodass wir ein breites Angebot an innovativen Modellschulen vorweisen können. Wir wollen, dass spätestens zum Schuljahr 2013 / 2014 eine erste Gemeinschaftsschule realisiert wird. Beispiele wie die Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen oder die IGMH in Mannheim zeigen schon heute, dass sich eine individuelle Förderung von Kindern bei gleichzeitigem Angebot aller Bildungsstandards (also Hauptschule, Realschule und Gymnasium) an einer Schule realisieren lässt. Außerdem wollen wir in Mannheim das Angebot von neunjährigen Zügen an Gymnasien ermöglichen.

Fachkräfte gewinnen durch internationale Bildungsangebote

Mannheim als Oberzentrum der Metropolregion Rhein-Neckar ist ein starker Wirtschaftsstandort. Der Wettbewerb um Fachkräfte hat schon lange eine internationale Dimension angenommen. Wir brauchen in unserer Stadt bilinguale und internationale Bildungskonzepte, beginnend mit dem Kindergarten. Insbesondere für internationale Führungskräfte ist die Frage nach der Betreuung und Bildung ihrer Kinder ein zentrales Moment für die Entscheidung nach Mannheim zu ziehen.

Schulsanierungsprogramm fortsetzen

Der Schulträger Stadt Mannheim muss aber jenseits dieser qualitativen Überlegungen auch seiner Kernaufgabe in der Schulpolitik gerecht werden.

Wir begrüßen außerordentlich, dass der Oberbürgermeister in seinem Haushaltsentwurf einen deutlichen Schwerpunkt auf das Thema „Sanierung von Schulgebäuden“ gesetzt hat. Er hat hier unsere volle Unterstützung. Es war richtig, auch in Zeiten der großen Wirtschaftskrise an den Investitionen in die Bildung festzuhalten, wie zum Beispiel am Neubau der Vogelstanggrundschule. Wir werden aber auch für die Geschwister-Scholl-Schulen zeitnah eine Perspektive entwickeln müssen. Wir wollen den Schulstandort mit seiner Zentralitätsfunktion für den Stadtteil Vogelstang sichern. Andere Stadtteile wie Rheinau-Süd oder Friedrichsfeld haben die Weiterentwicklung zu Ganztagsgrundschulen angemeldet, genauso wie die Humboldt-Grund-, Hauptschule- und Realschule in der Neckarstadt-West. Bei der Mittelverteilung stehen für uns die Kriterien zur Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit im Mittelpunkt. Wir unterstützen aber auch Stadtteile ohne schwierigen sozialen Hintergrund, da wir Ganztagschule auch als familienpolitisches Instrument verstehen. Dies kann auch Stadtteilen mit einer schwierigen demografischen Entwicklung wie Friedrichsfeld helfen, junge Familien zu gewinnen. Ein Vorschlag sei hier noch eingebracht: warum nicht die Flächen der Theodor-Heuss-Schule für die Übergangszeit für eine Graffitiaktion für Jugendliche freigeben? Denken Sie an

die Ergebnisse der Jugendforschung: Das Bereitstellen von Flächen für Graffiti hilft, illegalem Spraying vorzubeugen.

Wir begrüßen die Ankündigung des Landes, Mittel für Schulsozialarbeit bereit zu stellen. Dies haben wir schon seit Jahren gefordert. Schulsozialarbeit ist für uns ein Thema für alle Schularten.

Als Stadt wollen wir Schulbibliotheken an Schulen angliedern. Als Beispiel sei hier die Friedrichsfeldschule genannt. Eine Verlagerung der Stadtteilbibliothek an die Schule könnte dort nicht nur pädagogische Synergieeffekte heben, sondern auch den dauerhaften Bestand der Bibliothek sichern sowie die Einrichtung eines barrierefreien Bürgerdienstes ermöglichen.

Wir machen uns weiterhin, für den Fall eines Neubaus der Stadtbibliothek, für den Standort Neckarstadt (südliche Platzhälfte) stark.

Mit Blick auf die fortlaufenden Beschwerden über prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Qualitätsprobleme im Bereich der Schulgebäudereinigung fordern wir, den Schulen auf Antrag die Möglichkeit einzuräumen, eigene Reinigungskräfte auf Grundlage von Tarifstandards einzustellen.

Masterplan „Berufliche Bildung Mannheim“

Der Wirtschaftsstandort Mannheim braucht Fachkräfte. Hierfür sind unsere beruflichen Schulen von zentraler Bedeutung für die Aus-, Erhaltungs- und Weiterbildung. Um dem Fachkräftemangel entgegen zu treten, wollen wir Mannheim als Standort beruflicher Bildung umfassend weiter entwickeln. Berufliche Schulen sind ein zentraler Schlüssel für die Gestaltung des Übergangs Schule – Beruf, des Erwerbs der Hochschulreife sowie des beruflichen Aufstiegs (zum Beispiel Meister, Techniker, Betriebswirte u. a.).

Mannheim hat in den letzten Jahren große Millionenbeträge in seine beruflichen Schulen investiert. Umfassende Sanierungen sind aber weiter notwendig. Insbesondere die technischen Berufsschulen

verlangen eine Grundsatzentscheidung. Die vorhandene Ausstattung ist veraltet. Die rasanten technologischen Entwicklungen in den Betrieben müssen sich auch in den Berufsschulen niederschlagen. Es stellt sich die Frage, ob wir als kommunaler Schulträger zusammen mit der Wirtschaft hier neue Antworten formulieren müssen. Fachlich, pädagogisch, räumlich, technologisch aber auch mit Blick auf die Aufgabenteilung in der Metropolregion müssen die vorhandenen Fragestellungen systematisch angegangen werden.

Wir wollen Vertreter von Wirtschaft, Gewerkschaften, Kammern und Verbänden, Fachverwaltung sowie Wissenschaft einbeziehen. Besonders interessant könnte der Aufbau eines Berufsschulcampus auf dem Gelände der Turley Barracks in der Neckarstadt sein. Die SPD ist bereit, den Weg einer großen Lösung mitzugehen und beispielsweise die gewerblichen berufsbildenden Schulen an diesem Standort neu anzusiedeln.

In Zukunft sollen behinderte Jugendliche nicht mehr nur in Berufsbildungswerken ausgebildet werden. Betriebe erhalten Zuschüsse, wenn sie sich auf diesem Gebiet engagieren. Dies wollen wir fördern. Der Arbeitgeber Konzern Mannheim sollte hier weiter mit gutem Beispiel voran gehen und auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung in die betriebliche Ausbildung berücksichtigen.

Modellstadt Inklusion

Mannheim ist Modellstadt Inklusion und wir wollen diesem Anspruch gerecht werden. Dies gilt sowohl für die Schulen als auch für die Kindertageseinrichtungen. Anregungen könnte der Regenbogenkindergarten geben. Auch eine umgekehrte Inklusion können wir uns vorstellen. Warum nicht auch Sonderschulen für nicht-behinderte Kinder öffnen? Wir erwarten von der Stadtverwaltung, dass sie uns im Rahmen eines Masterplans darlegt, wie sie die weitere Umsetzung der Inklusion erreichen will und welche finanziellen kommunalen Mittel hierzu notwendig sind.

Dies stellt uns aber auch vor erhebliche Herausforderungen. Allerdings ist nicht alles alleinige Aufgabe der Stadt. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie in der Ausbildung der Lehrkräfte mehr sonderpädagogische Kompetenz einbringt. An uns als Stadt erwächst daraus die Aufgabe, in allen Gebäuden eine barrierefreie Nutzung zu ermöglichen.

Kinderbetreuung ausbauen

Mit Blick auf die Kinderbetreuung wollen wir weiter mit Nachdruck am Ausbau der Plätze für unter 3-Jährige und der Hortplätze festhalten. Wir unterstützen ausdrücklich die Stadtverwaltung dabei, auch mit unkonventionellen Lösungen Kinderbetreuungsangebote zu schaffen, ohne dass wir hier die Qualifikation der Arbeitskräfte außer Acht lassen.

Zusammen mit dem Land wollen wir Lösungen finden, um dem Fachkräftemangel so schnell wie möglich entgegenzuwirken. Wir wollen als SPD-Gemeinderatsfraktion ein deutliches Zeichen setzen. Wir schlagen die Etablierung eines Dualen Ausbildungsgangs „Erzieherinnen/Erzieher“ bei der Stadt Mannheim vor. Wir begrüßen, dass endlich auch die Landesregierung die Kommunen mit knapp 330 Mio. € aus den Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Grunderwerbssteuer unterstützen will. Elterninitiativen, die aufgrund der aktuellen Problemsituation bei den Horten selbst aktiv werden, wollen wir unterstützen. Klar ist aber auch: Die Standards in der Kinderbetreuung dürfen nicht außer Acht gelassen werden.

Mit Blick auf die notwendigen Räumlichkeiten müssen wir uns am Kriterium der Nachhaltigkeit orientieren, etwa hinsichtlich der Möglichkeit, heutige Horträumlichkeiten perspektivisch bei der Umstellung auf Ganztagsbetrieb schulisch nutzen zu können.

Die Stadt sollte aber noch stärker auch auf die Betriebe zugehen. Die Bereitstellung von Kapazitäten zur Kinderbetreuung ist heute ein wichtiger Faktor im Wettbewerb um Fachkräfte. Viele Betriebe sehen hier großen Handlungsbedarf. Sind hier wirklich bereits alle Möglichkeiten ausgeschöpft? Doch

selbst wenn der Grundbedarf abgesichert ist, werden wir perspektivisch mit weiteren Fragen konfrontiert; dazu gehören die Ausdehnung der Öffnungszeiten oder die Betreuung von kranken Kindern.

Schließlich wollen wir die Realisierung des muslimischen Kindergartens in der Neckarstadt-West weiterhin mit Nachdruck unterstützen.

Dass wir bereit sind, auch ungewöhnliche Wege zu gehen, möchte ich mit folgendem Vorschlag untermauern: 2013 ist geplant, das Hallenbad Seckenheim zu schließen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion schlägt vor, das Gelände auf seine Eignung für die Einrichtung eines Hort- und Mensabetriebs zu prüfen. Wir sind bereit, entsprechende Planungsmittel einzustellen.

Mannheims Jugend unterstützen

Der außerschulischen Jugendarbeit messen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine hohe Bedeutung bei. Wir mussten in den letzten Haushaltsberatungen mit Verweis auf die wirtschaftliche Krisensituation sämtliche Anträge auf Mittelserhöhung ablehnen. Vor dem Hintergrund, dass die letzte Erhöhung sechs Jahre zurück liegt, wollen wir die Mittel für die Jugendarbeit entsprechend anpassen, da diese für uns unverzichtbar ist. Schulische und außerschulische Jugendarbeit, das Ausbildungssystem und gute berufliche Perspektiven nach der Ausbildung sind Gründe dafür, dass es in deutschen Großstädten auch in Krisensituationen nicht ähnliche Szenen wie in den Vorstädten Frankreichs oder Großbritanniens gibt. Investitionen in die Jugendarbeit sind also Investitionen in einen nachhaltigen sozialen Frieden und in ein demokratisches Gemeinwesen. Deshalb wollen wir die jetzige Haushaltssituation nutzen, um die Mittel für die außerschulische Jugendarbeit entsprechend zu erhöhen. Diese Mittel sind gut angelegtes Geld für die strategische Zielsetzung der Stadt Mannheim, zum Beispiel zur Stärkung von Urbanität sowie der Talentstrategie. Letztere betont die Bedeutung außerschulischer Bildungsprozesse.

Jugendtreffs ausbauen

Wir halten fest an unserem Ziel, alle Stadtteile mit einem Jugendtreff auszustatten. Wir bedauern, dass trotz Etatisierung der notwendigen Gelder der Jugendtreff Wallstadt noch nicht realisiert werden konnte. Die Menschen vor Ort warten auf eine Entscheidung über den Standort. In jedem Fall müssen aber die Mietkosten im Haushalt abgedeckt sein. Auch für die Schwetzingenstadt zeichnet sich ein Weg ab: Der Bezirksbeirat hat sich hier für den Standort ehemaliges Wespinstift ausgesprochen. Wir sind bereit, dies zu unterstützen und greifen auch den Vorschlag auf, bis dahin mobile Jugendarbeit bereitzustellen. Die entsprechenden Mittel wollen wir in den Haushalt einstellen.

Zusammenfassung:

- MAUS quantitativ wie qualitativ fortentwickeln
- Konzept der „Offenen Bürgerschule“ verfolgen
- Konzept der MANNHEIMER Schule, die Schule und Kultur verknüpft, entwickeln
- Jeweils eine Gemeinschaftsschule im Norden und Süden zusätzlich zur IGMH einrichten
- Durch internationale Bildungsangebote Fachkräfte für den Wirtschaftsstandort Mannheim gewinnen
- Sanierung von Schulgebäuden fortsetzen
- Stadtteilbibliotheken an Schulen angliedern
- Berufsbildungsstandort Mannheim stärken, beispielsweise durch einen Berufsschulcampus auf dem Gelände der Turley Barracks
- Mannheim als Modellstadt für Inklusion ausrichten
- Am Ausbau der Krippen- und Hortplätze festhalten
- Dualen Ausbildungsgang „Erzieherinnen/Erzieher“ bei der Stadt Mannheim einrichten
- Mittel für Jugendarbeit erhöhen
- Alle Stadtteile mit einem Jugendtreff ausstatten

Wirtschaft und Arbeit dienen dem
Menschen

Trotz einer erfreulichen Entwicklung der Arbeitslosenquote dürfen wir nicht nachlassen bei den Bemühungen um chancengerechte Teilhabe durch Arbeit. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es uns dabei um Teilhabe an unserer Stadtgesellschaft ohne Ausgrenzung.

Zugang zum Arbeitsmarkt verbessern

Mannheim zeichnet sich insbesondere bei der Bekämpfung Jugendarbeitslosigkeit aus. Seit fünf Jahren liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei den SGB II-Empfängern unter einem Prozent. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass sich noch viel zu viele Jugendliche in sog. Warteschleifen befinden. Diese jungen Menschen werden in den offiziellen Arbeitslosenstatistiken gar nicht erfasst. Auch haben die Jobbörsen vor Ort erfolgreich in den Stadtteilen Langzeitarbeitslose vermittelt. Aber mit Stand Juni 2011 haben wir im Rechtskreis SGB II noch immer 20.170 erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

Zwar hat die niedrigere Arbeitslosenquote in Mannheim auch die Langzeitarbeitslosigkeit reduziert, doch dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass weitere erhebliche Anstrengungen zur Integration der Menschen in den ersten Arbeitsmarkt unternommen werden müssen. Wir wollen daher alle kommunalen Möglichkeiten ausschöpfen, um gerade auch Menschen mit Vermittlungshemmnissen einen Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Beschäftigung zu ermöglichen.

Die Entscheidung der Bundesregierung, die Eingliederungsmittel – die in 2011 für Mannheim um 12 Mio. € gekürzt wurden – nun um weitere 4,5 Mio. € in 2012 und in 2013 nochmals um 2 Mio. Euro zu kürzen, ist kontraproduktiv und geht zu Lasten der arbeitslosen Menschen und der Kommune. Statt auf einer Erfolgsstrecke weiter zu gehen, wird von der Bundesregierung aus Union und FDP der Rückwärtsgang eingelegt. Denn nur mit Qualifizierung, Förderungen sowie mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen können die Menschen aus der Arbeitslosigkeit herausgeführt werden. Die Mittelkürzungen führen dazu, dass viele freie Träger, die bisher einen

wertvollen Beitrag zur Eingliederung von schwer vermittelbaren Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt geleistet haben, ihre Arbeit nicht mehr in diesem Umfang fortsetzen können.

Nur durch die Verwendung von Haushaltsresten konnten einige erfolgreiche Projekte zur kommunalen Beschäftigungsförderung weitergeführt werden, beispielsweise für Jugendliche durch

- den Verein zur Förderung neuer Arbeitsplätze und Betriebsgründungen – arbeit für alle e.V. (BDKJ) bzw. in Kooperation mit Förderband e.V. Mannheim,
- das Fahrradparkhaus Hauptbahnhof Mannheim der Biotopia Arbeitsförderungsbetriebe Mannheim gGmbH

sowie die Stadtteilservices, die zur Eingliederung in die Arbeitswelt einen wichtigen Beitrag leisten.

Auch der Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion, die Arbeit der Job Börsen zu sichern und auszubauen, konnte umgesetzt werden. Eine weitere Forderung der SPD-Gemeinderatsfraktion, nämlich SGB II- Bezieher/innen zu Erzieher/innen auszubilden und dies mit kommunalen Mitteln zu fördern, wurde bereits begonnen.

Rekommunalisierung von Aufgaben

Nach Jahren ideologisch motivierter und finanzpolitisch begründeter Privatisierungen haben mittlerweile viele Städte und Gemeinden in Deutschland diesen Irrweg erkannt und privatisierte oder fremd vergebene Aufgaben wieder kommunalisiert. In Mannheim haben insbesondere wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren mit Verantwortung und Augenmaß dafür gesorgt, dass wir diesen Weg hin zur Fremdvergabe/Privatisierung nicht in einem solchen Maße beschritten haben, wie dies CDU, FDP und ML gerne getan hätten. Die Abfallwirtschaft und der kommunale Wohnungsbau sind zwei gute Beispiele dafür, wie wir uns nicht nur die Möglichkeiten zur Steuerung von Stadtentwicklung erhalten haben, sondern wie wir gleichzeitig als Arbeitgeber für „Gute Arbeit“ ein Beispiel geben. Wie würden wir wohl in den kommenden Jahren die Herkulesaufgabe der Konversion angehen, ohne weiterhin alleiniger Eigentümer der GBG zu sein?

Im Rahmen von kommunaler Beschäftigungsförderung wollen wir prüfen, ob in Mannheim fremdvergebene Tätigkeiten wieder kommunalisiert werden können oder ob in Zusammenarbeit mit freien Trägern damit Beschäftigungsmöglichkeiten für Mannheimer Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden können.

Gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung

Immer mehr Menschen in Mannheim, derzeit rund 36.000 Personen, sind geringfügig beschäftigt. Über 4.000 Bedarfsgemeinschaften sind auf aufstockende Leistungen des Job Centers angewiesen, überwiegend in Form von kommunal zu finanzierenden Wohnkosten. Der Niedriglohnbereich hat in Deutschland in den letzten 15 Jahren deutlich zugenommen: 1995 waren noch 15 Prozent der Beschäftigten hier tätig, heute sind es mehr als 22 Prozent – über 6,55 Millionen Beschäftigte. Diese hohen Zahlen machen deutlich, dass der Satz: „Alles ist gut, was Arbeit schafft“ nicht die Lösung für eine gerechte Teilhabe ist. Richtig heißt es für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: „Gut ist, was gute Arbeit schafft!“ Geringe Löhne, die nicht zum Leben reichen, führen zu Ausgrenzung und Spaltung unserer Stadtgesellschaft. Das wollen wir nicht. Deshalb bleiben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dabei, dass der Gesetzgeber in Berlin aufgefordert bleibt, gesetzliche Regelungen zur Eindämmung von Leiharbeit, zu Equal Pay und einem gesetzlichen Mindestlohn zu schaffen. Wir sind froh, dass auch ein Teil der Bundesregierung sich langsam unseren Positionen anschließt.

Besonders begrüßen wir die vorbereitende Gesetzgebung der neuen Landesregierung aus SPD und GRÜNE für ein Tariftruegesetz. Begleitend dazu müssen wir in unserer Stadt geeignete Instrumente zur Überprüfung der Einhaltung entwickeln. Dieser Schritt ist ein weiterer Weg zur „Guten Arbeit“ für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mit den Gewerkschaften werden wir weiterhin im Dialog bleiben und unsere Unterstützung anbieten bei weiteren Initiativen, die mehr gute Arbeit fördern.

Die wirtschaftliche Situation in vielen Betrieben in unserer Stadt hat sich in den letzten Monaten deutlich verbessert – vor allem auch derjenigen Unternehmen, die in starkem Maße vom Export abhängig sind. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass es kaum Beschäftigungsabbau gab und die Zeit genutzt wurde, die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern. Dabei haben vor allem die Kurzarbeiterregelungen und die Konjunkturprogramme geholfen, von denen auch wir als Stadt Mannheim in erheblichem Umfang profitiert haben. Vergessen werden darf allerdings nicht, dass vor allem die Beschäftigten die Lasten getragen haben, zum Beispiel durch Einkommenseinbußen während der Kurzarbeitsphase.

Ohne die konstruktive Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, Geschäftsführungen und Betriebsräten wäre dies alles nicht möglich gewesen. Die Chance, einen Haushalt aufstellen zu können, der voraussichtlich ohne eine Erhöhung der Neuverschuldung auskommt, ist darauf zurückzuführen. Der vertrauensvolle und auf Kompromisse ausgerichtete Umgang von Gewerkschaften und Arbeitgebern hat in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt, dass Deutschland eine solidarische Gesellschaft ist. Dass dies auch in Mannheim so bleibt, dafür steht die Mannheimer SPD.

Neue Wirtschaftspolitische Strategie

Auch wir als Stadt Mannheim haben die Zeit genutzt, an der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu arbeiten. Mit dem Change-Projekt „Neue Wirtschaftspolitische Strategie“, bei der wir uns auch als SPD-Gemeinderatsfraktion mit unseren Vorstellungen eingebracht haben, hat sich die Wirtschaftsförderung neu aufgestellt und ihr wirtschaftspolitisches Profil gestärkt. Mit deutlich mehr Personal und effizienterem Ressourceneinsatz können jetzt mehr Dienstleistungen angeboten und vor allem die Kontakte zu den Unternehmen und potentiellen Investoren ausgebaut werden. Eine wesentliche Aufgabe besteht nach wie vor in der Bestandspflege. Wir sind ein starker Dienstleistungs- und Industriestandort. Darauf können wir aufbauen und wir können uns durch eine Fokussierung auf ausgewählte Wirtschaftsbereiche (Medizintechnologie, Kreativwirtschaft, Produktions- und

Prozesstechnik, Erneuerbare Energien und Umwelt) weiter entwickeln. Auch unsere Existenzgründerzentren haben eine wichtige Funktion, die es weiter auszubauen gilt.

Dazu ist es notwendig, dass die Verwaltung – also insbesondere der zuständige Dezernent – jetzt umgehend dem Gemeinderat Vorschläge für die seit Monaten vakante Leitungsstelle für den Fachbereich Wirtschafts- und Strukturförderung unterbreitet.

Ausbildung und Personalgewinnung bei der Stadt Mannheim

Die von Oberbürgermeister Dr. Kurz unmittelbar nach seinem Amtsantritt gestartete deutliche Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots bei der Stadt Mannheim muss auch in den nächsten Jahren beibehalten werden – nicht nur wegen der Vorbildfunktion der Stadtverwaltung, sondern in erheblichem Umfang auch wegen unseres Eigeninteresses aufgrund der Altersstruktur der Beschäftigten bei der Stadtverwaltung. So wollen wir etwa die erfreuliche Kostenentwicklung bei der Müllverbrennung auch dazu nutzen, um einen Ausgleich dafür zu schaffen, dass hier besonders viel leistungsgeminderte Beschäftigte arbeiten.

Wir unterstützen ausdrücklich das Bestreben unseres Oberbürgermeisters, mit gezielter Personalauswahl darauf hin zu arbeiten, dass sich der Anteil unserer Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund auch in der Mitarbeiterschaft im Öffentlichen Dienst widerspiegelt. Integration bedarf großer Geduld und eines großen Wissens über Lebensgewohnheiten und Lebensbedingungen im Herkunftsland. Deshalb ist es wichtig, gerade in die interkulturelle Kompetenz unserer Verwaltungsmitarbeiter zu investieren. Die besten Multiplikatoren sind hier Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem in den Kernbereichen der Verwaltung.

In der gesamten Stadtverwaltung unterstützen wir die verstärkten Anstrengungen zur Weiterbildung und Qualifizierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um den weiteren Erfolg der Change-Projekte zu sichern. Dafür müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden Von

der Verwaltung erwarten wir einen jährlichen Bericht über wichtige Faktoren der Personalentwicklung. Auch die Ausstattung am Arbeitsplatz, barrierefreie Zugänge zu Arbeitsplätzen, Bereitstellung von Arbeitsplätzen für leistungsgeminderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Betreuungsangebote für städtische Kinder u.v.m. müssen zukünftig besser berücksichtigt werden. Auch in die städtischen Verwaltungsgebäude müssen wir investieren. Ein besonders drastisches Beispiel für dringenden Handlungsbedarf ist die Situation im Harrlachweg.

Unser Dank gilt an dieser Stelle allen Beschäftigten und Personalrätinnen und Personalräten für die konstruktive Mitwirkung an den notwendigen Veränderungsprozessen.

Zusammenfassung:

- Rahmenbedingungen zu Eingliederung von Langzeitarbeitslosen verbessern
- Fortsetzung der Programme zur Förderung von Jugendlichen SGB II Empfängern
- Kommunale Beschäftigungsförderung ausbauen, z. B. Stadtteilservice
- Langzeitarbeitslose besser qualifizieren
- Fremdvergabe überprüfen bei städtischen Leistungen mit dem Ziel der Eigenleistung
- Tariftreuegesetz umsetzen
- Maßnahmen zur Umsetzung „Guter Arbeit“ unterstützen
- Zusammenarbeit mit den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften ausbauen
- Städtisches Ausbildungsplatzangebot mindestens im bisherigen Umfang beibehalten
- Wirtschaftsförderung weiter stärken und Fachbereichsleitung unverzüglich besetzen
- Fortbildung und Arbeitsbedingungen der Stadt Mannheim verbessern

Soziale Politik für alle **Menschen**

Integration hat bei uns eine gute Tradition

Deutschland ist ein Einwanderungsland und Mannheim ist seit seiner Gründung eine Stadt, in der Menschen aus vielen verschiedenen Nationen und Kulturen leben und arbeiten. Gesellschaftlicher Zusammenhalt vermittelt sich durch Teilhabe und Zugehörigkeit. Das hat bei uns Tradition. Die Wertschätzung und Integration anderer Kulturen und Religionen sind seit der Stadtgründung im Jahr 1607 fester Bestandteil unserer Geschichte, Toleranz und Offenheit ihre herausragenden Merkmale. Auch in der jüngeren Stadtgeschichte war die Bevölkerung in Bewegung. In den 60er Jahren wurden von den großen Mannheimer Industriebetrieben Arbeitskräfte angefordert. Zu uns kamen Menschen, mit ihren Familien, Hoffnungen, Träumen und Wünschen. Viele sind geblieben. Diese sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter haben unsere Stadt und unseren Wohlstand mit aufgebaut. Wir sind stolz auf ihre Leistungen.

Eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung setzt eine klare Haltung gegen Intoleranz voraus. Integration gelingt nur dort, wo Gewalt, Fanatismus und Ignoranz konsequent der Boden entzogen wird. Wir sehen uns hier in einer engen Partnerschaft mit den Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften sowie zahlreichen Verbänden und Vereinen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion steht deshalb vorbehaltlos hinter der „Mannheimer Erklärung“ und dem strategischen Ziel: Toleranz bewahren, zusammen leben – „Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen.“ Wir verfolgen eine nachhaltige Integrationspolitik, die auf ein Zusammenwachsen der Mannheimer Stadtgesellschaft setzt – in wechselseitigem Respekt und Anerkennung durch breite politische und gesellschaftliche Beteiligung. Auf dem gleichen Weg befindet sich glücklicherweise nun auch die grün-rote Landesregierung, die mit der Abschaffung des sog. „Gesinnungstests“ gesellschaftliche und politische Beteiligung wieder in den Mittelpunkt stellt.

Vielfalt ist das Kapital von morgen

Doch die Anerkennung von Vielfalt ist anspruchsvoll und ein gutes Zusammenleben muss von allen gestaltet werden. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten achten wir die Glaubensentscheidungen aller Menschen, denn Religion und Kultur sind für viele Migrantinnen und Migranten gerade in ihrer neuen Heimat wichtige Orientierungspunkte im Alltag. Deshalb befürworten und unterstützen wir den kritischen Dialog zwischen Christentum, Judentum und Islam, wofür unsere gemeinsam erarbeiteten Leitsätze zur Integration die Basis bilden.

Zudem hat sich in den letzten Jahren unter den Mannheimerinnen und Mannheimern mit Migrationshintergrund ein neues Selbstbewusstsein entwickelt. Seinen wichtigsten Ausdruck findet dieses neue Bewusstsein im Migrationsbeirat der Stadt Mannheim. Erstmals haben wir durch die Einbeziehung der Migrationsvereine eine breite und dauerhafte Beteiligung der verschiedenen Gruppen sichergestellt und bilden ihre vielfältigen Aktivitäten, ihr Engagement und ihre Interessen angemessen ab. Die Sachverständigen Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund sorgen für eine neue Perspektive in unseren Ausschüssen. Deshalb unterstützen wir eine angemessene personelle Ausstattung des Integrationsbeauftragten und des Migrationsbeirates.

Das Stadtmarketing unterstützt zudem die gute Gewerbeentwicklung durch ein kultursensibles Marketing und arbeitet daran, die Vielfalt des Mannheimer Gewerbelebens auch nach außen deutlich zum Ausdruck zu bringen. Der nächste Schritt sollte die gezielte Förderung von Existenzgründerinnen und -gründern mit Migrationshintergrund sein, um dieses stadtteigene Potential gezielt zu nutzen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Wirtschaftsförderung in Abstimmung mit der IHK ein städtisches Stipendienprogramm „Meister der Zukunft“ auflegt. Damit einhergehen muss die schnelle bundes- und landespolitische Umsetzung der geplanten Anerkennung der im Herkunftsland erzielten Ausbildungsabschlüsse. Wir lassen sonst ein enormes Humankapital ungenutzt. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre der gezielte Einsatz von Bildungsberatern mit Migrationshintergrund in der Arbeitsagentur, um den Menschen bei der Anerkennung oder Teilanerkennung ihrer im Herkunftsland erworbenen Abschlüsse zu helfen.

Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe

Obwohl der Haushalt 2010/11 sehr eng aufgestellt werden musste, ist uns mit dem Einstieg in die Eingliederungshilfe ein großer Schritt gelungen. Nach zwei Jahren können wir sagen, es ist gelungen, mit allen Menschen, die außerhalb von Mannheim in stationären Einrichtungen leben, Kontakt aufzunehmen, sie zu fragen, wie es ihnen geht und ob sie sich eine Veränderung vorstellen können oder wünschen. Dieser Schritt ist uns deshalb so wichtig, weil dieser zu einer Gesellschaft beiträgt, in der Inklusion die Grundlage des Zusammenlebens aller Menschen in Mannheim ist.

Der Diakonie Mosbach gilt an dieser Stelle unser Dank dafür, dass sie in schwierigen Zeiten Heimat gewesen ist für viele Menschen aus Mannheim. Jetzt ist es an der Zeit, dass Menschen wieder zurück kommen können, um Familienkontakte enger zu knüpfen, neue Kontakte auf zu bauen und Chancen zu nutzen, die gerade diesen Menschen eine Großstadt bietet. Bei der Diakonie Mosbach wollen wir aber auch um Verständnis werben, wenn der Prozess nicht immer reibungslos und geräuschlos läuft. Ihr verständliches Anliegen, Integrationsbetriebe auch in Mannheim zu betreiben, trifft hier auf viele, seit Jahren bestehende Integrations- und Beschäftigungsträger und der Wettbewerb hat hier schon lange begonnen. Wir alle sind aufgefordert, mit Blick auf die uns anvertrauten Menschen die entstehenden Probleme miteinander zu lösen.

Den Menschen, die auf diesem Wege bei uns ihre Heimat (wieder)finden, sagen wir ein herzliches Willkommen. Wir werden auch im kommenden Haushalt den eingeschlagenen Weg weiter gehen und den Integrationsdienst mit den erforderlichen Fachkräften ausstatten und für die nötige Infrastruktur sorgen. Dazu gehört auch eine Form des Wohnens, das barrierefrei ist und eine gute Vernetzung ermöglicht. Auch die frei werdenden Konversionsflächen können hier ganz neue Möglichkeiten eröffnen, gerade auch mit dem Blick auf Menschen mit Handicap. Denn überall dort, wo sie größtmögliche Selbstständigkeit haben, profitieren alle davon.

Sozialticket einführen

Nicht zum ersten Mal fordert die Mannheimer SPD hier in den Haushaltsberatungen endlich wieder eine verbilligte ÖPNV-Karte für Menschen im Hilfebezug. Wir sind froh, dass es uns beim Familienpass Plus gelungen ist, mit dem verbilligten MAXX-Ticket für Kinder und Jugendliche einen Schritt in die richtige Richtung zu gehen. Im Bereich von Erwachsenen ermutigen uns Erfahrungen aus Köln und anderen Städten, dieses Thema wieder aufzunehmen und neu zu diskutieren. Ich danke dem Kollegen Trüper, der hierzu vor wenigen Wochen eine sehr interessante Expertenanhörung organisiert hat, bei der auch der Verkehrsverbund Rhein Neckar wichtige Argumente für dieses Projekt vorgetragen hat.

Auch die Stadt Heidelberg hat vor wenigen Tagen eine Studie zur Einführung eines Sozialtickets in Auftrag gegeben. Die Studie wird in enger fachlicher Abstimmung mit dem VRN durchgeführt werden.

Wir schlagen daher vor, für ein „Mannheim Ticket“ einen Betrag im Haushalt 2012 / 2013 einzustellen, um den Einstieg zu ermöglichen. Die Erfahrungen mit dem MAXX-Ticket beim Familienpass Plus haben gezeigt, dass die Nachfrage viel zu hoch eingeschätzt wird.

Auch die neue grün-rote Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt: *„Wir unterstützen Modelle, die dafür sorgen, dass auch Menschen mit einem geringen Einkommen öffentliche Mobilitätsangebote wahrnehmen können.“* Nach unseren Informationen werden hier bereits konkrete Überlegungen angestellt, wie dies landesweit umgesetzt werden kann.

Wahlmöglichkeit für Pflegeheime nicht einschränken

So gut und richtig der Schritt der Eingliederungshilfe war, so kritisch muss man aus heutiger Sicht die Entscheidung über die Begrenzung der Kostenübernahme für Menschen in Pflegeheimen, die auf

öffentliche Hilfe angewiesen sind, hinterfragen. Das Instrument der Beratung im Vorfeld einer Heimunterbringung hat sich als sinnvoll erwiesen, die Auswahlkriterien aus Sicht der SPD-Gemeinderatsfraktion jedoch nicht. Wenn in den zwei Jahren bis heute nur bei einem Bewohner der Wunsch zur Aufnahme in ein bestimmtes Haus abgelehnt wurde, dann steht die Einsparung in keiner Relation zu dem, was den zu Betreuenden und den Angehörigen zugemutet wird. An dieser Stelle ist das Haushaltsstrukturprogramm aus Sicht der SPD korrekturbedürftig.

Erlauben Sie mir aber auch eine Bemerkung in Richtung der Träger der stationären Altenhilfe. Wenn es ein Überangebot an Pflegeplätzen in dieser Stadt gibt, dann können die Belegungsprobleme nicht nur über den Preis geregelt werden. Hier sind alle aufgefordert, ihre Angebote zu überdenken und dem Gemeinderat Antwort auf vieles zu geben, was kaum oder gar nicht geregelt ist: Wo und wie viele Angebote gibt es für demente Menschen, die auch noch weglaufgefährdet sind, wo gibt es Angebote für Apaliker, wo ist das Angebot für junge geistig fitte, aber schwer pflegebedürftige Menschen, wo finden Beatmungspatienten eine Unterkunft – um nur einige zu nennen.

Wir wünschen uns für die Zukunft eine adäquate Unterbringung für alle Menschen in dieser Stadt und würden es begrüßen, wenn gerade hier freie und städtische Träger eine Vorreiterrolle übernehmen. Die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen stellt uns ohnehin vor große Herausforderungen, sind qualifizierte Kräfte doch schon heute kaum noch zu finden. Wenn wir als Gesellschaft nicht nur auf Kräfte aus Osteuropa setzen wollen, dann brauchen wir Kampagnen, die für diesen Beruf werben und Arbeitsbedingungen, die auch noch nach zehn Arbeitsjahren so sind, dass man in dem Beruf weiter arbeiten will und nicht vorzeitig das Handtuch wirft.

Schuldnerberatung der freien Wohlfahrtspflege erhalten

Bereits bei der Erarbeitung des Haushaltsstrukturprogramms waren wir skeptisch gegenüber der Finanzierung der Schuldnerberatung. Das von der Verwaltung vorgestellte Modell hat uns nicht wirklich überzeugt, die Finanzlage jedoch zwang uns zur Zustimmung. Heute sehen wir, dass sich

sowohl der Finanzierungsbedarf als auch die Zahl der Schuldner massiv erhöht haben. Gerade in dem Bereich, in dem Menschen wegen ihrer hohen Verschuldung keine Arbeit annehmen können oder sie bei einem Arbeitsverlust noch tiefer abrutschen, muss das Beratungsangebot zwingend ausgedehnt werden. Das schon alleine deshalb, weil das Gericht keine Beratungsscheine für niedergelassene Anwälte ausstellt, solange es das günstigere Angebot der Schuldnerberatungen der Träger der freien Wohlfahrtspflege gibt. Auch hier ist das Haushaltsstrukturprogramm aus Sicht der SPD korrekturbedürftig.

Stadtteilservice als soziales Netzwerk vor Ort

Wenn der Grundsatz „ambulant vor stationär“ weiter gelten soll, dann brauchen wir gerade bei den vielen älteren Menschen eine Struktur, die dazu beiträgt, dass ein Netzwerk geknüpft werden kann, das auch in schwierigen Zeiten das selbständige Leben unterstützt. Der Stadtteilservice hat sich in den Stadtteilen, in denen er tätig ist, gut etabliert und ist für die Menschen, gerade auch für die Vereine, ein unverzichtbarer Bestandteil urbanen Lebens geworden. Er ist vernetzt in den Stadtteil und kann gerade dort, wo Vereine manches aus eigener Kraft leisten können, helfen, wichtige Arbeit zu sichern.

Wir stellen uns hier eine Weiterentwicklung der Aufgaben vor, wie beispielsweise verstärkt Kontakt halten zu älteren alleinstehenden Menschen oder nachbarschaftliche Unterstützung organisieren. Wir sind also für die weitere Unterstützung des Stadtteilservice und werden ihn finanziell so ausstatten, dass er trotz Kürzung der Bundesgelder seine Arbeit fortsetzen kann.

Sozialpsychiatrische Dienste erhalten

Eine Stadt misst man nicht nur daran, welche wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge sie hat. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist auch wichtig, wie sie mit den Menschen umgeht, die auf ihre Hilfe angewiesen sind. Auf ganz besondere Hilfe sind Menschen mit psychischen Problemen angewiesen. Ihre Zahl steigt, psychisch Erkrankte sind schon lange mitten in der Gesellschaft angekommen und stehen meistens doch nur daneben.

Wir sind froh darüber, dass dieses Jahr wieder die Woche der seelischen Gesundheit stattfinden konnte. Wer dort genau zugehört hat, konnte feststellen, dass der Sozialpsychiatrische Dienst als niederschwelliges Angebot sowohl finanziell, wie auch personell, zu gering ausgestattet ist. Im Hinblick darauf, dass es mit einer besseren Ausstattung gelingen kann, Menschen bei ihrem selbstständigen Leben und bei der Möglichkeit einer Arbeitsaufnahme zu unterstützen, wollen wir eine bessere finanzielle Ausstattung. Wir erhoffen uns dadurch auch eine Unterstützung der Selbsthilfegruppen, deren Beitrag gerade bei psychischen Erkrankungen von unschätzbarem Wert ist.

Der Notruf von sexuell missbrauchten Mädchen und Frauen berichtet uns, anders lautenden Berichten zum Trotz, von einer Zunahme an Hilfesuchenden und von immer jüngeren Hilfesuchenden, aber auch von immer jüngeren Tätern. Der 1990 gegründete Verein hat in der gesamten Zeit seines Bestehens keine höheren Zuschüsse bekommen. Darunter hat vor allem die Präventionsarbeit gelitten. Auch das stellt uns vor die Aufgabe, vor allem zur Verhinderung von Übergriffen, den Verein so auszustatten, dass es langfristig gelingt, die Zahl der Opfer zu senken.

AIDS-Hilfe sichern

Vor einer ähnlichen Situation stehen wir auch beim Thema des Kompetenzzentrums für sexuelle Gesundheit (Aidshilfe). Nach der Insolvenz der Aids-Hilfe Mannheim-Ludwigshafen e.V. ist es für

Mannheim wichtig, ein Kompetenzzentrum für sexuelle Gesundheit in Mannheim zu gründen. PLUS e.V. hat in den letzten Jahren einige dieser Leistungen aufgebaut und durch eine Projektfinanzierung sowie durch die Finanzierung der Stadt Mannheim und des Landes Baden-Württemberg vorgehalten.

Nun bietet PLUS e.V. an, auf Grundlage der bereits entwickelten Angebote das genannte Kompetenzzentrum aufzubauen. Dadurch könnte die Stadt Mannheim gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg die Grundversorgung zum Thema sexuelle Gesundheit der Bevölkerung und besonders der Risikogruppe schwule Männer und MSM sicherstellen. Wir streben hierfür eine entsprechende jährliche Finanzierung zwischen der Stadt und dem Land Baden-Württemberg an.

Besonders wichtig ist uns dabei neben der Netzwerkarbeit die Prävention, nicht nur in den homosexuellen Gruppierungen, sondern gerade auch in den Schulen und Jugendeinrichtungen. Denn die Zahl der Neuinfektionen ist in Mannheim in den Jahren, in denen von der AIDS-Hilfe praktisch keine Aufklärungsarbeit mehr gemacht wurde, dramatisch und wesentlich höher angestiegen als in vergleichbaren anderen Städten.

Fraueninformationszentrum für Beratung von Frauen in Gewaltsituationen sichern

Nach zehn Jahren Platzverweis wird es Zeit, darüber nachzudenken, ob das Angebot, das wir für misshandelte Frauen in Mannheim vorhalten, noch die richtige Antwort ist oder ob wir hier Neues entwickeln müssen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion beteiligt sich gerne daran, die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Zusammenfassung:

- Integrationsdienst mit den erforderlichen Fachkräften ausstatten und für die nötige Infrastruktur sorgen
- Sozialticket einführen
- Wahlmöglichkeit für Pflegeheime erhalten
- Schuldnerberatung besser ausstatten
- Stadteilservice aufrecht erhalten und Angebot als soziales Netzwerk weiter entwickeln
- Sozialpsychiatrische Dienste besser ausstatten, Präventionsarbeit des Notrufs für sexuell missbrauchte Mädchen und Frauen stärken
- PLUS helfen, ein Kompetenzzentrum für sexuelle Gesundheit (Aidshilfe) aufzubauen

Den **Raum** nachhaltig gestalten

Wir haben in Mannheim die Krise des industriellen Strukturwandels seit den 80er Jahren des vergangenen 20. Jahrhunderts erfolgreich genutzt, um uns neu aufzustellen. Wir sind heute wieder das starke industrielle und urbane Zentrum der Metropolregion Rhein-Neckar. Die Menschen in Mannheim, die Unternehmen und Forschungseinrichtungen sind so vielfältig wie nie zuvor.

Genauso vielfältig und bunt sind auch die Erwartungen und Bedürfnisse der Menschen an das, was unsere Stadt für die lebenswert und liebenswert macht. Wir bieten alle Vorteile einer Metropole ohne die Unübersichtlichkeit einer Millionenstadt. Urbanität mit menschlichem Antlitz könnte unser Motto sein. Und auch den Prozess unserer weiteren Stadtentwicklung wollen wir miteinander gehen, die Bürgerinnen und Bürger durch Diskussionen und Beteiligungsprozesse in notwendige Veränderungen einbinden.

Mit eben diesem Verständnis von Urbanität mit menschlichem Antlitz wollen wir die Herausforderungen der kommenden Jahre, insbesondere die Konversion, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt angehen. Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels orientieren wir uns dabei an den Kriterien einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Es geht daher vorrangig um Innenentwicklung, um klimaverträgliches Bauen und um klimaverträgliche Mobilität – um dadurch hohe urbane Lebensqualität zu schaffen.

Zentrum stärken

Auf Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion haben wir die Aufwertung unserer türkischen Einkaufsmeile in G2/H2 begonnen. Dies möchten wir mit den ansässigen Gewerbetreibenden im gesamten Quartier weiter voranbringen. Politik und Verwaltung haben das direkte Gespräch mit den Menschen vor Ort gesucht und in den G- und H-Quadraten eine neue Stadtteilkultur mit Anwohnern, Gewerbetreibenden und Bezirksbeirat realisiert. Ebenso wollen wir die Stadtentwicklung im Jungbusch vorantreiben und so das Zusammenleben dort verbessern. Der Fachbereich Städtebau hat den Marktplatz zum

Jungbusch hin geöffnet. Die Gewerbetreibenden sind mit dem Ergebnis zufrieden und beraten mit der Verwaltung eine weitere Aufwertung des Viertels, was wir ausdrücklich befürworten.

Innerhalb der Quadrate wollen wir die künftige Wohnbebauung in den Quadraten T5 und T6 mit der Bürgerschaft entwickeln, für die Breite Straße ein Bündnis der Gewerbetreibenden schmieden und beim Großprojekt Q6 / Q7 auch im Projektverlauf die Bürgerinnen und Bürger einbinden.

Wir haben inzwischen die ersten Konzepte für die Neugestaltung des Kaiserring-Boulevards erörtert und sollten hier, auch im Zusammenhang mit dem Neubau der Kunsthalle, endlich die seit Jahren diskutierte Umgestaltung „Tattersall“ in Angriff nehmen. Hierfür sind bereits Planungen vorhanden, um dieses „Tor zum Stadtteil“ von seinem Schmuttel- und Durchgangsimage zu befreien.

Ein weiterer Ort dringenden Handlungsbedarfs in unmittelbarer Nähe ist der Bereich um unseren sehr erfolgreichen Busbahnhof. Die ganz alltägliche Situation ist dort für alle Verkehrsteilnehmer nach wie vor prekär.

Glückstein-Quartier gestalten

Das Glückstein-Quartier bietet uns die Chance zur Innenentwicklung und zur Entwicklung von hochwertigem Wohnen und Arbeiten in einem sehr urbanen Umfeld. Die SPD-Gemeinderatsfraktion begrüßt das neue Marketing-Konzept, um damit die Vermarktung und auch die Kommunikation in die Bürgerschaft voran zu treiben. Derzeit besteht großes Interesse von Investoren an diesem Quartier. Bei der Realisierung der einzelnen Einheiten wollen wir immer einen städtebaulichen Wettbewerb durchführen.

Für die künftige Nutzung des ehemaligen Lokschuppens, des Werkstattgebäudes und der Wagenhalle wünschen sich auch die Investoren vor allem Angebote zur Belebung des Quartiers. Themen sind hier etwa Gastronomie und Kultur, aber auch Kinderbetreuung. Die Gestaltung des Glücksteinplatzes sollte die Blickachse zum alten Lindenhof sicherstellen.

Wir hoffen, dass der vorgesehene Neubau für die technische Fakultät der Dualen Hochschule Baden-Württemberg nun zeitnah angegangen wird und vertrauen hier auch auf unsere Mitglieder im Landtag von Baden-Württemberg, die Verhandlungen mit dem Finanzministerium in unserem Sinne zu unterstützen.

Da sich die Verlegung der Feuerwache Mitte innerhalb des Gesamtprojektplans auf dem „kritischen Pfad“ befindet, fordern wir den zuständigen Dezernenten, Herrn Ersten Bürgermeister Specht, mit Nachdruck auf, uns endlich den schon lange angekündigten neuen Brandschutzbedarfsplan vorzulegen.

Konversion als Chance begreifen

Wir betreten Neuland, historisch und politisch. Nach mehr als 400 Jahren, in denen unsere Stadt mehrfach erobert, verteidigt, zerstört und wieder aufgebaut wurde, wird die Festung am Zusammenfluss von Neckar und Rhein zum ersten Mal keine Garnison mehr sein. Im Jahre 2015, 70 Jahre nach dem Ende des totalen Kriegs und der Befreiung von der faschistischen Diktatur, 25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung finden wir das friedliche Mannheim auf der politischen Landkarte Europas in einer während der vergangenen Jahrhunderte nie vorstellbaren Position. Wir sind kein Grenzland mehr zum „Erbfeind“ im Westen, zu beiden Seiten des Rheins leben aufgeklärte demokratische Europäer in Frieden und Wohlstand. Wir sind kein Stationierungsgebiet mehr für den atomaren Erstschatz und kein Bollwerk mehr gegen den Warschauer Pakt, wir leben in einer der erfolgreichsten europäischen Metropolregionen, haben Partnerschaften und Freundschaften in Israel, Polen, Moldawien und der Türkei. Wir erleben hier in Mannheim eine Zeit des Friedens und des Wohlstands wie noch keine Generation vor uns.

Nach über 65 Jahren zieht die U.S.-Armee bis 2015 aus unserer Stadt ab. Für die SPD-Gemeinderatsfraktion steht fest: Die Konversion bietet enorme Potentiale für die Entwicklung unserer

Stadt: Die Möglichkeit, unser Zusammenleben und das Aussehen Mannheims in einem solchen Ausmaß zu gestalten, wird es auf absehbare Zeit kein zweites Mal mehr geben. Zahlreiche Optionen stehen zur Wahl. Um die anstehenden Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, müssen alle gemeinsam anpacken. Nur auf diese Weise können wir die Chancen tatsächlich nutzen.

Deshalb haben wir als SPD-Gemeinderatsfraktion in unseren „Neuland“-Veranstaltungen mit den Bürgerinnen und Bürgern über alle frei werdenden Flächen diskutiert. Wir wollten wissen, welche Bedürfnisse und Wünsche die Menschen haben und gemeinsam fragen, welche Möglichkeiten die Konversion in diesem Zusammenhang bieten kann. Dafür haben wir vor Ort den Menschen zugehört und die vorgetragenen Probleme und Wünsche festgehalten. Wir betreten Neuland, gemeinsam mit den Menschen in Mannheim!

Die Ideen der Menschen weiter entwickeln

Aus diesen spannenden und von viel Aufbruchsstimmung geprägten Veranstaltungen mit den Bürgerinnen und Bürgern haben wir folgende Anregungen aufgenommen: erstens, es sollen Gebiete entstehen, die eine Mischung aus unterschiedlichen Nutzungen enthalten, zum Beispiel Wohn- und Gewerbeflächen, mit verschiedenen und neuartigen Wohnformen wie etwa Mehrgenerationenwohnen, in enger Verzahnung mit Sport- und Freizeiteinrichtungen. Zweitens sollen zukunftsweisende Bildungs- und Forschungseinrichtungen entstehen, also etwa ein Hochschul-Campus oder ein Berufsbildungszentrum – dies in enger Anbindung an unsere Technologiecluster und unsere vorhandene Industriestruktur. Und drittens sind bei allen Nutzungsüberlegungen ökologische Fragestellungen von besonderer Bedeutung. Stichworte sind hier etwa ein regionaler Grünzug, Wasser und Seen, Frischluftschneisen, aber eben auch ökologisches Wohnen und Arbeiten.

Die von Seiten der Stadtverwaltung sehr breit und umfassend angelegte Bürgerbeteiligung zur Konversion ist für uns beispielhaft und wir möchten uns daher an dieser Stelle ausdrücklich bedanken. Zum Einen danken wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Konzeption, Durchführung

und Auswertung der zahlreichen Bürger- und Expertenrunden, der Exkursionen und Fachgespräche. Und zum Anderen bedanken wir uns bei den Bürgerinnen und Bürgern für die große Beteiligung und das enorme Engagement all der Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen. Wenn wir uns diese Form des Miteinanders in den kommenden Jahren erhalten, bin ich sehr zuversichtlich, dass wir hier in Mannheim auch schwierige Phasen und mögliche Rückschläge auf unserem gemeinsamen Weg ins Neuland bewältigen werden.

Zur Unterstützung bei der Umsetzung der Ideen und Visionen für die über 500 Hektar Neuland in Mannheim haben wir im Konversionsausschuss gemeinsam mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Kurz die Idee einer Bundesgartenschau entwickelt. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat hierzu bereits einen unterstützenden Antrag eingebracht, den wir ausdrücklich begrüßen. Eine Bundesgartenschau kann uns helfen und macht nur dann Sinn, wenn wir dadurch die enormen Aufgaben der Stadtentwicklung auf den ehemaligen Militärfächen besser und schneller bewältigen können.

Vision Rhein-Neckar-Park

So wollen wir als einen zentralen Beitrag zur Region und zu unserer eigenen Stadtentwicklung einen umfassenden Rhein-Neckar-Park entwickeln. Dieser vereint ökonomische, ökologische und kulturelle Aspekte. Er umfasst Flussufer, neue Stadtteile, Gewerbegebiete und Wald und ist angebunden an zentrale Gebäude der Stadt wie an künftige Grünzüge in den Süden. Diesen Rhein-Neckar-Park gestalten wir mit energetischen Speicherkapazitäten und Energiemodellen. So könnten wir auf den Coleman Barracks im Mannheimer Norden eine Energielandschaft entwickeln, etwa durch die Errichtung eines Windparks und einer großflächigen Photovoltaikanlage oder ein Pumpspeicherkraftwerk im Bereich der Spinelli Barracks.

Wir wollen mit einer Bundesgartenschau aktive Renaturierung von mindestens einem Drittel der Konversionsflächen betreiben und ein zeitgemäßes Naturverständnis verwirklichen. Anknüpfend an bereits vorhandene Konzepte wie „blau-Mannheim-blau“ wollen wir am Wasser Generationen-

übergreifendes Wohnen und Inklusion aller Menschen ermöglichen, etwa durch kleinräumige ambulante Strukturen.

Um unseren bestehenden Mangel an hochwertigen Wohnangeboten zu beheben, entwickeln wir auf geeigneten Konversionsflächen behutsam die Ortsränder, etwa in Feudenheim und Seckenheim, jeweils entlang der Wasser- und Grünzüge. Dabei wollen wir auch die Auswirkungen auf die Kinderbetreuung im Stadtteil, den ÖPNV, eine mögliche Neckar-Erschließung sowie die Situation der Sportanlagen und -vereine beachten. Die in der Benjamin-Franklin-Village vorhandenen Großbestände können wir vorerst nicht auf den Markt geben, hier sollten wir im Rahmen eines Entwicklungsgebietes den weiteren Umgang sorgfältig prüfen.

Für den Bereich der Gewerbe wollen wir Mannheim als Stadt der Arbeit stärken durch zeitgemäße Gewerbegebiete in unterschiedlichem Ausmaß, mit höchsten Energie- und Kommunikationsstandards, ÖPNV-Erschließung und Angeboten studentischen Wohnens. Im thematischen Mittelpunkt eines solchen Innovationscampus' stehen dabei neben den bisherigen Clustern die Themenfelder Antriebstechnologie, Prozess- und Produktionstechnologie sowie Energiespeichersysteme. Das Ziel kann die Entwicklung eines regionalen Clusters für „Green Technology“ sein. Als Initial könnte auf dem Gelände der ehemaligen Turley Barracks ein beispielhafter Gesamthof entstehen.

Als erfolgreiches Beispiel nenne ich Ihnen etwa das Energetikom in Ludwigsburg. Dieses Zentrum für Energiekompetenz und Ökodesign wurde als Leuchtturmprojekt für die Stadt und die Region aus Bundesmitteln der Stadtentwicklung gefördert. Das Energetikom arbeitet als Impulsgeber und soll durch die Vernetzung von Akteuren neue, privat finanzierte und öffentlich geförderte Projekte und Entwicklungen in der gesamten Metropolregion anregen.

Gerade auch in den vor uns liegenden Jahren der schrittweisen Entwicklung unseres „Neulands“ können wir große Flächen und Bestände der Konversion als kulturelle Gestaltungsräume nutzen. Mit einer Mischung aus klassischen Kulturformen wie Theater und Museen mit experimentellen und

kommerziellen Formen wie Ateliers, Schulen und Produktionsstätten für die Kreativwirtschaft ergänzen wir unsere bisherigen Bemühungen und unterstützen die Kulturhauptstadtbewerbung.

Mannheim bleibt Herr des Verfahrens

Als Voraussetzung für diese Gestaltungsmöglichkeiten muss die Stadt Mannheim das Gesamtpaket aller freiwerdenden Flächen möglichst treuhänderisch vom Bund übernehmen. Nur so bleiben wir Herr des Verfahrens und können maßgeblichen Einfluss auf die städtebauliche Entwicklung nehmen. Der Veräußerung einzelner Premiumflächen durch den Bund müssen und werden wir mit allen Mitteln des kommunalen Planungsrechts entgegen wirken.

Die Finanzierung kann wie etwa in Ludwigsburg durch eine sog. Sonderrechnung außerhalb des Haushalts erfolgen. Doch egal wie die Finanzierung abgebildet werden soll, ohne Bundes- und Landeszuschüsse wird es nicht gehen. Nur wenn wir selbst mit einer eigenen Gesellschaft als Entwicklerin auftreten, behalten wir den vollen Einfluss auf die Projekte und können unsere Ziele im Sinne der Stadtentwicklung verfolgen.

Entscheidend wird im weiteren Verlauf sein, dass wir all unsere Schritte mit den Bürgerinnen und Bürgern abstimmen. Dadurch ist eine erfolgreiche Umwandlung machbar. Dies haben wir bei Besichtigungen in zahlreichen Städten erfahren. Ausnahmslos stellt man fest, dass Bürgerbeteiligung der entscheidende Aspekt ist für eine erfolgreiche Konversion, vorausgesetzt, die Menschen werden in allen Phasen des Prozesses beteiligt. Darauf achten wir. Wir wollen daher den eingeschlagenen Weg der Bürgerbeteiligung konsequent weitergehen – gemeinsam mit den Arbeitskreisen der Bürgerschaft und deren Zukunftslotsen.

Zivilbeschäftigte unterstützen

Wir wollen uns auch um die Sorgen der Zivilbeschäftigten bei der US-Armee kümmern. Eines ihrer Hauptprobleme ist, dass es bei der US-Armee keinen Ansprechpartner gibt. Daher soll eine Koordinationsstelle eingerichtet werden, finanziert von den Städten Mannheim und Heidelberg sowie dem Rhein-Neckar-Kreis. Bei dieser Stelle sollen alle notwendigen Informationen zusammenlaufen. Insgesamt geht es uns dabei auch darum, dass Know-how der Zivilbeschäftigten beim weiteren Konversionsprozess zu nutzen. Deshalb unterstützen wir das Anliegen einen „Runden Tisch“ mit Vertretern der Städte Heidelberg und Mannheim sowie des Rhein-Neckar-Kreises, der Beschäftigten und Vertretern der Gewerkschaft unverzüglich einzurichten. Bei der Hilfe durch das Land Baden-Württemberg orientieren wir uns am Beispiel Rheinland-Pfalz, wo schon seit Jahren Beschäftigungskonversionsprogramme laufen. Im Raum Mannheim/Heidelberg führt das zu der Tragik, dass Beschäftigte, die in Rheinland-Pfalz wohnen, von dem Programm profitieren, die Kollegen aus Baden-Württemberg aber gehen leer aus.

Friedliches Miteinander in Vielfalt und Toleranz

Zum Abschluss meiner Ausführungen zum Thema Konversion komme ich zurück auf meine Eingangsbemerkungen zur historischen und weltpolitischen Einordnung dieser Entwicklung. Das Ende der Garnison Mannheim sowie vieler anderer Standorte in Deutschland bedeutet leider weder das Ende von Krieg und Gewalt noch den Sieg der Freiheit in unserer Welt. Im Gegenteil erkennen wir, dass durch den globalen Klimawandel und anhaltendes Bevölkerungswachstum der Kampf um Ressourcen und Märkte härter geworden ist. Verschärft wird diese Situation durch soziale Ungleichheit und mangelnden Zugang zu Bildung. Sie findet ihren unübersehbaren Ausdruck in den Auseinandersetzungen zwischen Kulturen und Religionen.

Bis zum Jahr 2050 werden 6 Milliarden Menschen auf dieser Welt in Städten leben. Daher können auch nur die Städte Antworten finden auf die Frage, wie Menschen verschiedener Herkunft und Religion friedlich zusammen leben und nachhaltig wirtschaften können. Und dies ist eine weitere Traditionslinie von Mannheim: Wir sind eine Stadt der Vielfalt und Toleranz, der engagierten Bürgerschaft und des sozialen Miteinanders – diese Stärken werden uns helfen. Sie werden uns helfen, um hier in Mannheim, nach den Erfahrungen von Staatsterror, Vernichtungskrieg und atomarer Bedrohung im vergangenen Jahrhundert nun die Früchte der europäischen Einigung zu ernten. Und sie zu nutzen für die ganz konkrete Gestaltung von friedlichem Miteinander vor Ort, für Verständnis und Respekt gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen und für einen nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt.

Mobilität in Mannheim verbessern

Hohe Mobilität ist ein wesentliches Merkmal städtischen Lebens. Um diese hohe Mobilität in Zukunft gewährleisten zu können, müssen wir die bisherigen ökologischen und damit ökonomischen Lasten drastisch verringern. Es geht daher um eine stärkere Vernetzung von öffentlichem Personennahverkehr mit dem Individualverkehr und um eine Stärkung von Rad- und Fußgängerkehr. Die Verkehrssysteme dienen dem Menschen und nicht umgekehrt – dementsprechend müssen sie gestaltet werden.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion begrüßt daher auch die aktuelle weitere Konkretisierung für unser großes Ausbauprojekt, die Stadtbahn Nord. Damit erreichen wir deutliche CO₂-Einsparungen, mehr Personenkilometer bei weniger Emissionen sowie eine Lärminderung gegenüber den Bussen. Es geht um eine erhebliche Verbesserung der Attraktivität, gerade für junge Familien und Menschen im Erwerbsleben, um eine schnelle und vor allem komfortable Erreichbarkeit und um eine Neugestaltung des öffentlichen Raums.

Bei der Entwicklung des Glückstein-Quartiers haben wir die planerischen Voraussetzungen für den Lückenschluss der Stadtbahn auf der Südseite des Hauptbahnhofs geschaffen. Die Realisierung wollen wir trotz der noch ungelösten Finanzierungsfrage nicht aus dem Blick verlieren und mittelfristig sichern.

Bei all unseren Projekten zur Stärkung des ÖPNV in Mannheim und in der Region hat für uns, auch aus demografischen Gründen, die Barrierefreiheit des Angebots eine besondere Bedeutung. Wir müssen daher beim Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar zusammen mit den beteiligten Partnern dafür kämpfen, dass etwa die neue Station an der Theodor-Heuss-Anlage oder die Bahnhöfe in Waldhof und Käfertal tatsächlich barrierefrei erreichbar werden. Gleiches gilt für unsere eigenen Stadtbahn-Haltstellen wie etwa den Karlsplatz in Rheinau oder den Neumarkt in der Neckarstadt, aber auch für die Buslinien auf dem Waldhof. Denn nur so entwickeln wir unsere Verkehrssysteme zukunftsfähig.

Inklusion bedeutet Sicherstellung der Barrierefreiheit in allen Bereichen, insbesondere im öffentlichen Raum und hier besonders im öffentlichen Nahverkehr. Noch immer setzen wir jedoch bei der rnv GmbH alte OEG-Wagen ein, die ein Rollstuhlfahrer bzw. eine Frau mit Kinderwagen nicht oder nur sehr schwer benutzen kann. Auch die Zahl der Haltestellen, die nicht barrierefrei sind, ist immer noch zu hoch und kann in den nächsten Jahren nur schrittweise erhöht werden.

Mit Ausnahme des seit Jahren bereits Plan festgestellten Ausbaus der L 597 mit dem Neubau einer Neckarbrücke zur Entlastung von Seckenheim sehen wir für weitere Straßenneubauprojekte in Mannheim weder eine ökologische Vertretbarkeit noch eine verkehrsentlastende Wirkung. Wir begrüßen daher die aktuelle Entscheidung der Regionalversammlung, keine Rheinquerung nach Altrip im einheitlichen Regionalplan aufzunehmen.

Radverkehr ausbauen

Wir wollen Mannheim zur Fahrradstadt machen. Aufgrund der ebenen Topographie von Mannheim haben wir noch reichlich Potential, um den Anteil des Radverkehrs zu steigern. Mit dem BYPAD Radwegekonzept verfügen wir über ein abgestimmtes Handlungskonzept. Neben dem Ausbau und der Schließung von bestehenden Lücken im Radwegenetz geht es vor allem um eine entsprechende Beschilderung und die Reduzierung von Hemmnissen sowie öffentliche Aktionen für das Fahrrad.

Wir wollen den Ausbau der Radwege entlang des Rings und auf der Bismarckstraße. Es geht uns aber auch um Strecken in den Stadtteilen, etwa die Sonderburger Straße auf der Schönau oder die Fortführung des Rad- und Gehwegs bis zum Gelände des SC Pfingstberg. Wir wollen mehr Straßen für Radfahrer öffnen, beispielsweise auch in der Neckarstadt. Dabei geht es um Rücksichtnahme und Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer.

Klimaschutzprojekte fortführen

Zur weiteren Umsetzung des Luftreinhalteplans bieten die Konversionsflächen große Möglichkeiten, die wir zur langfristigen Verbesserung des Stadtklimas nutzen wollen. Die schrittweise Umsetzung unserer bereits verabschiedeten Klimaschutzziele werden wir in den kommenden Jahren aktiv begleiten. Insbesondere die Vernetzung dieser Projekte mit unseren strategischen Zielen, wie Stärkung der Urbanität und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, wollen wir unterstützen. Aber auch Kooperationen mit Schulen wie etwa bei dem Pilotprojekt „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ an der Johannes-Kepler- und der Neckarschule tragen mit dazu bei, unsere globale Verantwortung auf die lokale Ebene herunter zu brechen.

Das bereits vorhandene und sehr erfolgreiche Mannheimer Programm zur energetischen Sanierung von Wohnhäusern wollen wir verstärken und zielgerichtet ausbauen. Die dafür im Haushaltsentwurf vorgesehene Mittelerhöhung begrüßen wir ausdrücklich und wollen hier weitere Schritte gehen.

Auf Grund der bevorstehenden gesetzlichen Änderung zum Abfallrecht werden wir voraussichtlich unsere derzeitige kommunale Abfallkonzeption überarbeiten müssen und die Einführung der Wertstofftonne prüfen. Trotz der erfreulichen Entwicklung bei den Kosten für die Restmüllentsorgung und der thermischen Verwertung im Mannheimer Müllheizkraftwerk müssen wir weitere Anstrengungen zur Müllvermeidung unternehmen.

Zusammenfassung:

- Zentrum städtebaulich aufwerten
- Glückstein-Quartier für hochwertiges Wohnen und Arbeiten sowie für Ansiedlung von Bildungseinrichtungen nutzen
- Konversion als Chance begreifen, Bürgerbeteiligung weiter entwickeln
- Rhein-Neckar-Park einrichten
- ÖPNV stärker mit Individualverkehr vernetzen, Barrierefreiheit voran treiben
- Radverkehr stärken
- Klimaschutzprojekte fortführen

Unsere **Stadt** erleben

Sport und Kultur sind wesentliche Elemente von Gesellschaftspolitik und unverzichtbarer Bestandteil unseres Gemeinwesens. Kultur ist ein Schlüssel zu mehr Emanzipation und Selbstständigkeit durch die Teilhabe des Einzelnen am kulturellen und gesellschaftlichen Geschehen. Die deutsche Sozialdemokratie hat ihre historischen Wurzeln in Arbeiterbildungs- und Sportvereinen. Und die Ermöglichung von kultureller Teilhabe aller Menschen in Mannheim ist heute so aktuell wie damals.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion unterstützt die Bewerbung der Stadt Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar als europäische Kulturhauptstadt und will den Bewerbungsprozess vorantreiben und begleiten. Es geht für uns bei der Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt um nichts Geringeres als Stadtentwicklung im umfassenden Sinne. Es geht uns dabei neben Kultur im engeren Sinne um Sport und Vereine, es geht uns um Initiativen und bürgerschaftliches Engagement in den Stadtteilen und es geht uns insbesondere um die Verknüpfung mit Bildung, Wertevermittlung und Integration in unserer Stadt und damit um Teilhabe. Teilhabe gerade auch an Kultur!

Europäische Kulturhauptstadt 2020

Unsere Stadt hat eine gemeinsame Zukunftsidee entwickelt. „MANNHEIM europäische Kulturhauptstadt 2020“ ist eine Vision für unsere Stadt, die in den letzten zwei Jahren eine große Dynamik in unsere Stadt gebracht hat. Die SPD-Gemeinderatsfraktion versteht das Projekt als ein nachhaltiges Stadtentwicklungskonzept. Das setzt voraus, dass wir dem Begriff der Kulturhauptstadt die nötige Breite geben, um durch die Einbeziehung von Sportstätten und Vereinen, Stadtplanern und Konversionsflächen, Stadtteilakteuren und Migrantenvereinen eine städtische Bewegung zu schaffen, die nicht nur „von oben“ durch die Mannheimer Kulturinstitutionen oder „von unten“ durch die „freischaffenden Künstler“ und Intellektuellen getragen wird, sondern die Stadt in ihrer Gesamtheit erfasst.

Wir haben uns dazu bereits vor der Sommerpause auf einer zweitägigen Klausurtagung intensiv mit den Rahmenbedingungen und Möglichkeiten dieses Bewerbungsverfahrens auseinandergesetzt.

Denn es geht dabei nach unserem Verständnis um die Frage: Was kann diese Bewerbung für unsere Stadtgesellschaft Gutes bewirken? Was können wir als Mannheimerinnen und Mannheimer damit langfristig erreichen und wie gelingt es uns, eben diese Fragen unter Beteiligung möglichst vieler in unserer Stadt und der Region zu beantworten.

Bei allem Respekt für die Kolleginnen und Kollegen von CDU und ML: Aufgrund Ihrer bisher gemachten Aussagen zur Kulturhauptstadt habe ich allerdings den Eindruck gewonnen, es gehe ihnen vor allem um ein Event-Jahr mit vielen Festivals und einem Feuerwerk der sogenannten Leuchttürme. Damit ich nicht missverstanden werde, solche Ereignisse und Höhepunkte werden unbestritten dazu gehören. Sie sind von besonderer Bedeutung für unsere Außenwirkung. Aber wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben doch ein wesentlich umfassenderes und differenzierteres Verständnis davon, was Kulturpolitik in unserer Stadt bewirken kann und was sie angesichts der erheblichen Beträge, die wir Jahr für Jahr im Haushalt dafür bereit stellen, auch leisten muss.

Der uns vorliegende Entwurf des Haushaltsplans sieht als jährlichen Zuschuss für den Eigenbetrieb Nationaltheater ca. 31 Mio. € vor, für den Eigenbetrieb Kunsthalle ca. 4,1 Mio. € und für den Eigenbetrieb Reiss-Engelhorn-Museen 6,6 Mio. €. Hinzu kommen Investitionszuschüsse sowie unsere Beiträge am Technoseum, am Internationalen Filmfestival, bei Enjoy Jazz und vielem mehr. Insgesamt beträgt der für den Kulturbereich veranschlagte anteilige Finanzmittelbedarf in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 jeweils über 51 Mio €. Diese Zahlen belegen in beeindruckender Weise, welcher hohen Anteil am städtischen Gesamthaushalt der Mannheimer Gemeinderat hierfür bewilligt. Aus dieser im Städtevergleich außergewöhnlichen Unterstützung von gleich drei großen Häusern in einer Stadt mit gut 300.000 Einwohnern erwächst für alle Verantwortlichen eine hohe Verpflichtung. Für die Leitungen und die Mitarbeiter der Häuser, für die Mitglieder im Kulturausschuss und insbesondere für den zuständigen Dezernenten, Herrn Bürgermeister Grötsch.

Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist es auf dem Weg zur europäischen Kulturhauptstadt unverzichtbar, dass wir mit diesen drei Eigenbetrieben klar definierte Managementziele vereinbaren

und evaluieren. Besuchen mehr junge Menschen aus sog. bildungsfernen Elternhäusern das Theater oder die Kunsthalle? Wie können Ausstellungen auch in den Stadtteilen präsent sein? Mit welchen Beiträgen aus der Oper oder dem Schauspiel können wir die Stadtteilstadt aufwerten? Auf solche Fragen wollen wir, ganz im Sinne der strategischen Steuerung, messbare Antworten geben. Wir wollen mehr Wirkung unserer Leuchttürme in den Stadtteilen entfalten und in sozialdemokratischer Tradition kulturelle Bildung für breite Bevölkerungsschichten vermitteln.

Auch die regionale Zusammenarbeit muss im Zuge der Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt verstärkt und verbessert werden. Wir müssen als Stadt Mannheim in den Gremien der Metropolregion werben, überzeugen und auch Angebote zur Teilnahme formulieren. Denn nur wenn auch die Menschen im Umland verstehen, welchen Anteil die Region an einer erfolgreichen Bewerbung haben kann, werden sie sich beteiligen. Und nur eine Bewerbung unter Einbeziehung der Region kann Erfolg haben.

Kulturstadt Mannheim

Die Kunsthalle steht durch die großzügige Spende des Ehepaars Hector vor einer neuen Blütezeit. Durch sie sind wir in der Lage, in den kommenden Jahren an die Stelle des Mitzlaff-Baus einen Neubau für unsere Kunsthalle am Friedrichsplatz zu errichten. Neben dem Aspekt, dass wir damit unsere Sammlungen wieder in einem technisch und logistisch voll funktionsfähigen Gebäude werden präsentieren können, erhalten wir die einmalige Gelegenheit, ein zeitgemäßes und die Seele Mannheims berührendes Werk zu bauen. Für unsere anstehende Entscheidung über die angemessene Architektur an dieser Stelle wünsche ich uns Mut und zugleich Respekt. Mut zu einem Entwurf, der unsere Weltoffenheit und die fest in unserer Mannheimer Seele verankerte Toleranz belegt. Doch zugleich auch Respekt vor diesem Ort und der unmittelbaren Nähe zum Stein gewordenen Herzen unserer Stadt. Um beides zu vereinen, bedarf es eines wirklich kreativen und ernsthaften Entwurfs. Wir bieten den Architekten im Rahmen des anstehenden Wettbewerbs die große Chance, Baukultur zu schaffen. Dafür erwarten wir umgekehrt, dass sie mit ihren Ideen nicht

sich oder ihr Werk in den Vordergrund stellen, sondern dass sich das Bauwerk in den Dienst unserer Stadt stellt.

Wir sehen unsere herausragenden Kulturinstitutionen in der Pflicht, ihren gesellschaftlichen Auftrag deutlicher als bisher zu definieren. Gute Beispiele dafür haben sie bereits selbst gebracht: Den rem ist es durch ein attraktives Programm nicht nur gelungen, deutschlandweite Aufmerksamkeit zu erzielen, sondern die Stadtgesellschaft in ihrer Gesamtheit anzusprechen. Die Ausstellung „Evet“ zu türkischen Hochzeitsbräuchen oder die Öffnung von Räumlichkeiten für die Freie Szene sind beispielhaft. Das Nationaltheater bietet mit den Schillertagen ein weit über die Grenzen Mannheims hinausgehendes Festivalprogramm an mit einem innovativen und geistreichen Beitrag zur europäischen Theaterlandschaft. Insbesondere die Kooperationen des Nationaltheaters mit Schulen und Jugendhäusern überbrücken den kulturellen Graben zwischen den sozialen Klassen. Wir wollen mehr davon!

Die Bewerbung Mannheims als Kulturhauptstadt ist für uns ein offener Prozess. Bereits das in zweiter Auflage erschienene Skizzenbuch „Kultur-Raum-Stadt“ öffnete den Erwartungsraum Kultur als Motor der Stadtentwicklung, Wirtschafts- und Bildungspolitik zu begreifen. Nimmt man alleine die Veränderungen der letzten Jahre im Jungbusch in den Blick, dann wird man ohne jede Übertreibung feststellen können, dass der Stadtteil ohne die Ansiedlung der Kreativwirtschaft, die Popakademie und den derzeitigen Bau des Kreativzentrums von der übrigen Stadtentwicklung abgehängt worden wäre. Der Ausbau des alten Volksbades in der Mittelstraße in der Neckarstadt-West stellt die konsequente Fortsetzung dieses Prozesses in einem anderen Stadtteil dar.

Kultur als Stadtentwicklungskatalysator funktioniert auch in der Retrospektive. Die Industriekultur symbolisiert die einzigartige Symbiose von Bürgerlichkeit und Arbeiterkultur in Mannheim. Die zahlreichen Industriebauten sind Zeugnisse der Ingenieurkunst und Architektur und machen den Wandel des Arbeitsplatzes und des Arbeiterlebens der letzten 150 Jahre erfahrbar. Unser Ziel ist es, Industriekultur durch Hinweistafel, Rundgänge (Fuß- und Radwege) erlebbar zu machen und beispielsweise den Hafen als mögliches Erlebnisareal der Industriekultur auszuweisen. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung, gesellschaftlichen Gruppen und Vereinen haben wir einen

Rundgang „Wege zur Industriekultur in MANNHEIM“ entwickelt, der diesen Schatz für die Mannheimer Bevölkerung heben soll. Wie werden daher die veranschlagten Projektmittel für die Realisierung eines solchen Rundgangs beantragen.

Stadtteilkultur und Freie Szene

Die Vision „MANNHEIM europäische „Kulturhauptstadt 2020“ lebt von einer lebendigen Stadtteilkultur. Die vielfältigen kulturellen Aktivitäten in unseren Stadtteilen fördern die Identifikation mit dem Stadtteil. Auch hier liegt es in der Verantwortung des Kulturamtes und des Kulturhauptstadtbüros, für ein ausgewogenes Verhältnis der Förderung im Rahmen des städtischen Kulturprogramms Sorge zu tragen. Zum einen ermöglichen die zahlreichen Aktivitäten und Veranstaltungen unserer Vereine die Teilhabe vieler Menschen am gesellschaftlichen Leben. Zum anderen haben Kunstprojekte wie „King Kong“ gezeigt, dass moderne Kunst keinesfalls an den Stadtteilgrenzen halt machen muss, sondern Künstler gefragt sind, die sich vom traditionellen Präsentations- und Darstellungsräumen entfernen können.

Die „Kulturhauptstadt 2020“ ist ohne die kulturellen Querdenker, kreativen Grenzgänger oder schöpferische Einzelgänger nicht zu realisieren. Deswegen ist die Projektförderung für die „Freie Szene“ auszuweiten, um die materielle Grundlage zur Freisetzung des kreativen Potentials der Stadt bereitzustellen. Dafür benötigen wir aber eine Zielbestimmung, bessere Kontrolle der Mittelverwendung, eine gezielte Vernetzung der Kulturschaffenden vor Ort sowie eine angemessene Evaluation.

Außerdem haben wir großes Ungleichgewicht in der Freien Szene, wo einige wenige Akteure das Spiel beherrschen. Pop- und elektronische Musik, Video- und Photokunst sind genauso unzureichend gefördert wie Künstlerinnen und Künstlern mit Migrationshintergrund. Daran kann auch das Projekt „Wir“ der Jugendkulturförderung, an dem zentrale Akteure der Mannheimer Integrationspolitik gar nicht beteiligt wurden, wenig ändern. Genauso wenig ist die Gefahr gebannt, dass die Kommune

wieder in die Bedrängnis kommt, „Ausfallbürgschaften“ für eine unzureichende Wirtschaftsplanung von Zuschussempfängern zu übernehmen. Einen besonderen Zuschussbedarf sehen wir bei neuen Kunstformen des Streetarts und Graffiti-Aktion, die beispielsweise bei den Freiflächen am Neckar große Anerkennung finden.

Sportstadt Mannheim

Ein wichtiger Teil von Kultur findet in unseren über 2.000 Vereinen in Mannheim statt. Darunter sind die Sportvereine von besonderer Bedeutung. Hier lernen Kinder und Jugendliche, Herausforderungen anzunehmen und sich in eine Gruppe einzubringen. Sie können Selbstsicherheit aufbauen und erfahren das soziale Miteinander. Ich möchte hier ausdrücklich den Beitrag der Sport- und Kulturvereine zur Integration in unserer so bunten Stadtgesellschaft betonen und mich hierfür im Namen der SPD-Gemeinderatsfraktion herzlich bedanken. Sie leisten ehrenamtlich sehr viel!

Unser Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs, die mit teilweise sehr ungewöhnlichen Arbeitszeiten dieses für die Stadt so wichtige Angebot, wie zum Beispiel Sport und Spiel am Wasserturm, aufrecht erhalten. Mit Ehrenamtlichen und Verwaltung sind wir 2010 Deutschlands aktivste Stadt geworden. Auf diesem Weg gilt es voran zu schreiten.

Damit unser Dank nicht bei schönen Worten endet, wollen wir hier auch finanziell ein Zeichen setzen. Um den vorhandenen Sanierungsstau im Bereich der Vereinssportstätten anzugehen, wollen wir 2012 und 2013 entsprechende Sondermittel bereitstellen. Weiterhin wollen wir die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen in unseren Vereinen dadurch stärken, dass wir eine Bezuschussung der Übungsleiterpauschale prüfen lassen und gegebenenfalls die Ausbildung bezuschussen.

Um strukturelle Veränderungen in einigen Sportarten und Stadtteilen meistern zu können, möchten wir einen größeren Anreiz für Vereinsfusionen und Kooperationen bieten. Hierfür wollen wir Steuerungselemente definieren, wenn Sportstätten nicht mehr ausgelastet sind, insbesondere bei

Vereinssportanlagen. So befinden sich etwa die Seckenheimer Vereine, bedingt durch ihre räumliche Nähe zu Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis, in Konkurrenz mit Sportvereinen mit wesentlich besserer Ausstattung. Deshalb ist für Seckenheim ein ganzheitliches Sportkonzept wichtig. Die SPD-Gemeinderatsfraktion steht hierzu bereits in Kontakt mit der TSG und dem SV 98/07 Seckenheim. Bei einer möglichen Fusion der beiden Vereine muss jedoch das Gelände des Vereinshauses in die Verantwortung der Stadt gelangen, damit dann alle Vereine dieses in Form eines Bürgerhauses als Stadtteiltreffpunkt nutzen können.

Für den Breitensport wollen wir eine Sport- und Bewegungslandschaft für Mannheim schaffen bzw. ausbauen. Die gesamte Stadt soll von einer Sport- und Bewegungslandschaft mit den verschiedensten Angeboten durchzogen werden. Dabei geht es um Sportentwicklung auch für die vereinsungebundene Bevölkerung mit Lauf-/ Jogging-/ Fahrradstrecken, Bewegungsparcours usw. Wir wollen solche Sport- und Bewegungsangebote unter Einbeziehung von Netzwerkpartnern ausbauen. Stichworte sind hier etwa Sport für Ältere oder Integration. Hierfür bietet in den kommenden Jahren die Konversion der ehemaligen Militärflächen hervorragende Voraussetzungen, verbunden mit der Aufwertung unserer Flussufer durch Freizeitnutzungen. Im Zuge unserer erfolgreichen Bürgerbeteiligung wollen wir die Sportentwicklung, die Sportverhaltensstudie sowie den Sportstättenatlas auswerten und mit den Akteuren weiterentwickeln.

Wir haben in Mannheim traditionell sehr erfolgreichen Spitzensport. Um in den besonders herausragenden Sportarten Leichtathletik und Hockey einen kommunalen Beitrag zu leisten, unterstützen wir nachdrücklich die Absicht des Oberbürgermeisters, Sondermittel in Höhe von 640.000 € für Baumaßnahmen für die Leichtathletik (Werferplatz der MTG) sowie die Baumaßnahmen des Mannheimer Hockey Clubs einmalig in den Haushalt einzustellen.

In den Leistungssportarten Eishockey und Handball übernehmen große Sponsoren die Förderung. In Deutschlands populärster Sportart Fußball spielt Mannheim leider nur eine untergeordnete Rolle. Es gilt, sich Gedanken zu machen, wie der Leistungssport Fußball und die Randsportarten wie American

Football künftig von der Kommune behandelt werden sollen – unter Beachtung der Eigenverantwortung.

Eine der wichtigsten Sportveranstaltungen im Jahr 2012 wird das traditionelle Albert-Schweitzer-Basketballturnier sein. Auch ohne die Unterstützung der US-Army muss es uns gelingen, dieses Turnier, bei dem die Basketballjugend auf der ganzen Welt nach Mannheim schaut, erfolgreich für unsere Stadt durchzuführen. Dies wäre auch weiterhin ein schönes Symbol für das Weiterleben der deutsch-amerikanischen Freundschaft.

Was Jugendliche erreichen können, zeigen die Skater aus dem Mannheimer Norden. Die Jugendlichen warben für den Skaterpark mit einem Kurzfilm und konnten so viele Sponsoren gewinnen. Es wäre ein schlechtes Zeichen an die Jugendlichen, wenn dieser Skaterpark nicht weiter finanziell unterstützt werden würde. Die Kosten sind zwar hoch, aber dafür wird die Anlage ein Vorzeigeprojekt für die ganze Metropolregion sein, gerade deshalb unterstützen wir den Vorschlag der Verwaltung.

Zusammenfassung:

- Kulturhauptstadtbewerbung zusammen mit der Region voran treiben
- Neubau der Kunsthalle als Beispiel für zukunftsweisende Baukultur nutzen
- Kulturelle Großeinrichtungen der Stadt für das Ziel „Kultur für alle“ in die Pflicht nehmen
- Freie Szene weiter fördern
- Kulturelles Erbe der Stadt bewahren und sichtbar machen (Beispiel: Route der Industriekultur)
- Sanierungsstau bei Vereinssportstätten mit Sondermitteln auflösen
- Vereine und Ehrenamtliche stärken
- Sport- und Bewegungslandschaft für vereinsungebundenen Sport einrichten
- Skaterpark im Mannheimer Norden zum Vorzeigeprojekt entwickeln

Stadt der Stadtteile

Fehlende Bundesmittel für die Städtebauförderung

Am 24. Oktober 2011 veranstaltete die SPD-Bundestagsfraktion eine Konferenz zum Thema 40 Jahre Städtebauförderung „Rettet die Soziale Stadt“. Die Bundestagsfraktion der SPD wird weiter darum kämpfen, dass die Bundesmittel in der Städtebauförderung für das Jahr 2012 auf 700 Millionen € aufgestockt werden und das Teilprogramm „Soziale Stadt“ wieder den sozialintegrativen Ansatz verfolgen kann. Nach derzeitigem Stand droht bei der Städtebauförderung gegenüber der bereits im Bundeshaushalt 2011 vollzogenen Absenkung auf 455 Millionen € nun eine weitere Kürzung auf 410 Millionen €. Insbesondere die Verringerung der Mittel für das Teilprogramm „Soziale Stadt“ auf 40 Millionen € in 2012 stellt einen drastischen Einschnitt dar. Hier müssen jetzt die Länder mit ihren Städtebauprogrammen verhindern, dass die über Jahre gewachsene Infrastruktur einer Unterstützung sozialer Brennpunkte und benachteiligter Stadtteile nicht dauerhaft gefährdet wird.

Dies bedeutet für Mannheim, dass zwar begonnene Maßnahmen fortgesetzt werden können, dass jedoch faktisch keine neuen Maßnahmen möglich sind. Dies ist in Anbetracht der 40-jährigen Erfolgsgeschichte der Städtebauförderung und ihrer Beschäftigungswirkung, insbesondere im Handwerk, eine gesellschaftspolitisch nicht zu vertretende Entscheidung.

Die SPD befindet sich mit ihrer Forderung in guter Gesellschaft. Die Bauministerkonferenz hat am 28. Juni 2011 einstimmig beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, die Zusagen des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und FDP aus dem Jahr 2009 einzuhalten und die Städtebauförderung ab 2012 mindestens wieder wie im Jahr 2010 auf 535 Millionen € anzuheben und in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes zu gewährleisten.

In unseren Stadtteilen leben und wohnen

Wohnen in guter Nachbarschaft, sozialer Zusammenhalt und reges Vereinsleben, kulturelle Vielfalt und starke Zentren mit attraktivem Handel sind Ausdruck funktionierender Städte, Gemeinden und Quartiere. Neben unserem urbanen Zentrum sind es die Mannheimer Stadtteile, die das Lebensumfeld der Menschen prägen und ihnen Heimat sind. Als Wohnort stehen sie in direkter Konkurrenz zu den Gemeinden im Umland, zu den Mittelzentren und kleinen Orten an Berg- und Weinstraße. Es ist daher eine Zukunftsfrage für die Stadt Mannheim insgesamt, dass wir die Infrastruktur in den Stadtteilen sichern, ihr Profil schärfen und ihre Zentren zeitgemäß gestalten.

Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass die Mannheimer Stadtteile mit zahlreichen Investitionen im Haushaltsentwurf berücksichtigt wurden. Wesentliche Maßnahmen in den Bereichen Bildung/Schulen, Kinderbetreuung, städtische Infrastruktur, Bädersanierung und Sportanlagen sowie sonstige Infrastruktur für die Jahre 2012 - 2015 wollen wir beispielhaft aufzählen.

- Friedrichsfeld: Holzweg
- Innenstadt/Jungbusch: Umbau Planken und Fressgasse, Grunderneuerung Jungbusch- und Kurt-Schumacher-Brücke, Ziel 2 Erweiterung Popakademie, Kreativwirtschaftszentrum Jungbusch, Herschelbad/Nutzungskonzeption,
- Käfertal: Sanierung Käfertal Zentrum, Kita Veilchenstraße, Einrichtung Ganztagsbetrieb Bertha-Hirsch-Schule, Sportanlage Käfertal Süd – Umkleidegebäude, Grunderneuerung Feuerwache Nord, Beseitigung von Frostschäden Käfertaler Straße,
- Lindenhof: Glücksteinquartier, Mollgymnasium Fenster, Planungsrate Neubau Feuerwache Mitte, Ziel 2 MAFINEX Technologiezentrum,
- Neckarau: Verkehrsentwicklungsplanung Schulstraße, Strandbad Sanierung Promenade, Gartenhallenbad Neckarau,
- Neckarstadt-West: Kita Pumpwerkstraße,

- Neckarstadt-Ost: Ganztageschule Uhlandschule, Kita Uhlandschule und August-Kuhn-Straße, Herzogenriedbad Sanierung Wasserrutsche, Eissportzentrum Herzogenried
- Neuostheim/Neuhermsheim: Kita Ladenburger Straße,
- Rheinau: Generalsanierung Rheinau, Kinderhaus Gerhard-Hauptmann, Sanierung Ruhrorter Straße,
- Sandhofen: Ausbau B 44, Sanierung Sandhofenschule, Freibad Sandhofen, Sanierung Gebäude und Reparatur Beckenwasserheizer, KZ Gedenkstätte Sandhofen,
- Schönau: Umbau Schönau Mitte und Lena Maurer Platz, Sanierung Peter-Petersen-Gymnasium, Kinderhaus Bromberger Baumgang und Johann-Schütte,
- Schwetzingenstadt/Oststadt: Sanierung Pestalozzischule, AO Instandsetzung Karl-Friedrich Gymnasium, Rhein-Neckar-Stadion Gaststätte Dachsanierung und Hauptspielfeld, Erneuerung Baumallee Augustaanlage,
- Seckenheim: Zentrum Planken/Seckenheimer Hauptstraße, Umbau Hochstätt, Kinderhaus Seckenheim,
- Vogelstang: Brandschutz und Schadstoffsanierung Geschwister-Scholl, Kinderhaus in der Dresdner Straße und Vogelstang,
- Waldhof: Sanierung Waldhofschule, Eduard-Spranger-Schule, Ersatzbau Speckweg, Kinderhaus Luzenberg, Grunderneuerung Brücken Waldstraße, Seppl Herberger Sportanlage Hauptspielfeld,
- Wallstadt: Rathausplatz.

Einige städtebauliche Wünsche und Infrastrukturmaßnahmen, die wir im Rahmen unseres internen Beteiligungsverfahrens mit den SPD-Bezirksbeiräten und Ortsvereinen und anderen Interessierten erörtert haben, wollen wir noch prüfen bzw. in die weitere Arbeit für die nächsten Jahre einfließen lassen. Für verschiedene Stadtteile brauchen wir für einen überschaubaren Zeitraum realisierbare Stadtentwicklungskonzepte, Verkehrs- und Radwegekonzepte, Gestaltungsplanungen und anderes mehr.

- Im Rahmen des Sanierungsgebiets Käfertal Zentrum wollen wir das Kulturhaus als sozio-kulturelles Zentrum entwickeln. Erfreulicherweise ist dies im Haushaltsentwurf vorgesehen,
- Für Friedrichsfeld wollen wir ein Stadtteilentwicklungskonzept erarbeiten.
Die dafür notwendigen Mittel sind leider nicht eingestellt.
- In Neckarau wollen wir die schrittweise Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans aus dem Jahr 2004 fortsetzen, kleinere Maßnahmen zur gestalterischen Aufwertung von Plätzen (zum Beispiel Rheingoldplatz, Dreesbachplatz) umsetzen, eine Perspektive für den Niederbrückl-Platz erarbeiten und Klarheit über die Zukunft des Bürgerdienstes / Rathauses Neckarau bekommen.
In Anbetracht der Schwerpunktsetzung können weitere Maßnahmen nicht finanziert werden.

- Am Alten Meßplatz wollen wir für die südliche Platzhälfte zumindest Planungsmittel bereitstellen. In der Neckarstadt-West sollen außerdem folgende Fragen angegangen werden:
 - Ausbau der Humboldt-Grund-, Haupt- und Realschule zur Ganztagschule,
 - Spielstraße rund um den Neumarkt,
 - Sanierung des Neckarzugangs Höhe Lutherstraße,
 - Sanierung des Spielplatzes Ackerstraße / Mittelstraße,
 - Zebrastreifen Dammstraße Höhe Lutherstraße,
 - LKW-freie Dammstraße,
 - Tempo-30-Zonen, zumindest in der Mittelstraße.
 - Die Müllproblematik sowie die Auswirkungen von Prostitution, Gewalt und Kriminalität im Bereich der Mittelstraße erfordern ebenfalls politisches Handeln.
Die Sanierung des Kinderspielplatzes Ackerstraße/Mittelstraße soll erfreulicherweise im Jahr 2012 angegangen werden.

- Die Erweiterung der Trauerhallen in Feudenheim, Seckenheim und Rheinau haben in diesen Stadtteilen hohe Priorität. Die bestehenden Fördervereine sind zu einer finanziellen Beteiligung bereit. Sollte es gelingen, eine Drittfinanzierung unter Beteiligung der

Fördervereine zu erreichen, könnte durchaus eine Realisierung erfolgen.

- Die bürgerschaftliche Nutzung des Siedlerheim Schönau muss durch eine Sanierung gesichert werden, die Existenzsicherung des Volkshauses Neckarau ist dringend geboten und für die nicht mehr genutzte AWO-Seniorentagesstätte in der Schwetzingenstraße sollte eine neue Nutzung gefunden werden.
- Feudenheim wünscht sich eine fest installierte Toilette im Bürgerpark für Skater, BMX-Fahrer, Spaziergänger/Innen. Eine Toilettenneubau ist momentan nicht darzustellen.
- Für Neuostheim/Neuhermsheim ist der Abschluss der Sanierung der Johann-Peter-Hebel-Schule II von Bedeutung. Der geforderte Fuß-/Radweg-Übergang Hans-Thoma/Xaver-Fuhr-Straße und der Radweg Neckardamm bis Einmündung am Campingplatz stehen dort auf der Agenda. Der Radweg Hans-Thoma-Straße soll in die Straßenbauvorlage für das Jahr 2012 aufgenommen werden. Für weitere Maßnahmen stehen keine Mittel zur Verfügung.
- Schönau plagt der Lärm entlang der ICE-Strecke, die Idee einer schallschluckenden Baumbepflanzung soll geprüft werden. Eine Bebauungsplanänderung für das Gewerbegebiet Steinweg, die Wohnen und Gewerbe ermöglicht, ist angedacht und eine Ampelanlage an der Kreuzung Braunschweiger Allee und Lilienthalstrasse soll geprüft werden. Eine Finanzierung ist nicht vorgesehen, da noch einige offene Fragen geklärt werden müssen.
- Die Seckenheimer freuen sich auf die Gestaltung der Seckenheimer Planken unter Beteiligung der Akteure vor Ort. Auch ein umfassendes Verkehrskonzept für Seckenheim – Verkehrsberuhigung der Hauptstraße, die Abbiegesituation in Richtung Ilvesheim und die Überprüfung der Fahrradwege – soll berücksichtigt werden. Verkehrsberuhigungs- und Lenkungsmaßnahmen sowie alternative Streckenführungen der Buslinie sollen ernsthaft geprüft werden. Entsprechende Planungsmittel sind eingesetzt und die Ausführung ist für das

Jahr 2014 vorgesehen.

- Mögliche Sanierungsgebiete für die neue Waldhöfer Mitte, Waldhof-West und Luzenberg spielen dort eine besondere Rolle. Damit soll erreicht werden, dass, neben sozialen Aktivitäten, Infrastrukturen, dem Wohnumfeld im privaten und im öffentlichen Raum, eine Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung stattfindet. Das kann über einen Wochenmarkt auf dem neu zu gestaltenden Taunusplatz bis hin zu einer Erschließung der „Brachfläche“ zwischen Luzenberg und Waldhof-West führen. Auf dem „alten“ Waldhof und dem Luzenberg ist seit einigen Jahren eine Verarmung an sozialen Kontakten, bürgerschaftlichem Engagement und in der Geschäftswelt zu beklagen. Diesem wollen wir entgegenzutreten und etwa das Projekt „Wohnen am Wasser“ am Waldhofbecken wieder reaktivieren. Der Luzenberg und Waldhof-West könnten mit einem Jugendtreff – vielleicht auf dem Gelände der Waldhofschule – dem sozialen Gefälle und der Migrationsproblematik entgegenwirken. Das Einkaufszentrum Waldhof-Ost könnte durch die Umnutzung des Gebäudes für eine Krippe oder einen Hort eine neue Funktion erhalten. Erste Gespräche für einen Planungswokshop wurden mit dem Bezirksbeirat geführt. Inwieweit dies zu einem Sanierungsgebiet führt, bleibt abzuwarten.
- Für Wallstadt steht die Planung Spielplatz „Am Wallstadter Bahnhof“ als Teil des Sanierungsgebietes Rathausplatz auf der Agenda. Die dafür vorgesehenen Mittel wurden für das „Upgrade“ des Rathausplatzes verwendet. Eine Befestigung für das Kerwezelt auf dem Rathausplatz ist notwendig. Die Finanzierung bleibt ungewiss.
- Vogelstang braucht eine Entscheidung über die Generalsanierung oder den Neubau der Geschwister-Scholl-Schule mit einem Zeitplan. Hierfür sind ca. 43-46 Millionen € notwendig, die mittel- bis langfristig eingestellt werden müssen.

- Der Lindenhof setzt auf ein Konzept für den Meeräckerplatz. Die notwendigen Mittel müssten beantragt werden.
- Sandhofen will eine Verkehrsberuhigung um den Stich, wie zum Beispiel in Schwetzingen und einen Hundeauslaufplatz im Ried.

Change² – Stadtteilorientierung und Bürgerbeteiligung

Wir unterstützen den Oberbürgermeister bei unserem gemeinsamen Ziel, eine der modernsten Stadtverwaltungen Deutschlands zu werden. „Nicht nur innerhalb der Stadtverwaltung, sondern auch bei der Zusammenarbeit mit allen Partnern jenseits der Verwaltung lautet das Motto: ‚Gemeinsam mehr bewirken‘. Leitlinien des Gemeinderates für Bürgerbeteiligung, neue Verabredungen zur Reform der Bezirksbeiräte sind hier Beispiele.“ Dies war ein Zitat aus der Etatrede des Oberbürgermeisters.

Die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen bedeutet für uns, die Leistungen und Angebote der Verwaltung für die Menschen so effizient und effektiv anzubieten wie möglich. Prozesse müssen beschleunigt werden und Schnittstellen, die Reibungsverluste erzeugen, müssen vermieden werden. Der Wandel der Gesellschaft hin zu einer Bürgergesellschaft zeigt uns deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger als gleichberechtigte Partner der Verwaltung und des Gemeinderates angesehen und behandelt werden wollen.

Besonders wichtige Projekte beim Change²-Prozess sind für die SPD-Gemeinderatsfraktion „die Stadtteilorientierung der Verwaltung“ und die „Stärkung der bürgerschaftlichen Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements“. Diese beiden Projekte stehen in einer Wechselwirkung zueinander.

Das Projekt „Stadtteilorientierung der Verwaltung“ verfolgt das Ziel, Leitlinien und Maßnahmen zur Stärkung der Stadtteilorientierung zu konzipieren, mit allen Akteuren vor Ort und den gemeinderätlichen Gremien und den Bezirksbeiräten zu kommunizieren und umzusetzen. Dies ist vor

dem Hintergrund zu betrachten, dass es Grundkonsens in der Verwaltung und dem Gemeinderat ist, Mannheim als eine Stadt der Stadtteile zu stärken. Die Menschen identifizieren sich nicht nur stark mit dem Zentrum ihrer Stadt, sondern auch mit den jeweiligen Stadtteilen, in denen sie leben. Diese Identifikation ist Basis für Engagement und Miteinander im lokalen Umfeld; sie stärkt das soziale und gesellschaftliche Leben und sorgt für den Zusammenhalt aller Gruppen.

Für dieses Projekt sind neun Leitziele formuliert:

- Stadtteilorientierung braucht Wissen,
- Stadtteilorientierung braucht den integrierten Gesamtblick,
- Stadtteilorientierung braucht bedarfsgerechtes Verwaltungshandeln,
- Stadtteilorientierung braucht ein klares städtisches Selbstverständnis,
- Stadtteilorientierung braucht Information,
- Stadtteilorientierung braucht Kommunikation,
- Stadtteilorientierung braucht räumliche Nähe,
- Stadtteilorientierung braucht Beteiligung,
- Stadtteilorientierung braucht definierte Rollen und Aufgaben.

Die Verwaltung arbeitet derzeit sehr intensiv an Maßnahmen zur Stärkung der Stadtteilorientierung. Priorisierung und zeitliche Planung werden im Detail vorgenommen. Die Verwaltung wird konkrete Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung der stadtteilorientierten Verwaltung vorlegen. Dieses Projekt hat für die Verwaltung, für den Gemeinderat, den Bezirksbeirat und alle Akteure vor Ort eine besondere Qualität für die Gestaltung der Wohn- und Lebensverhältnisse, für neue Formen des gemeinsamen Miteinanders. Dies verlangt von uns allen eine große Bereitschaft, diese Veränderungen mitzugehen. Beispielhaft möchte ich an dieser Stelle einige wesentliche Kernsätze zitieren. Ich bin mir bewusst, dass ich viele unerwähnt lasse. Alles andere würde aber den Rahmen der Etatrede sprengen.

„Als Basis hierfür wird das Wissen der Verwaltung künftig stadtteilorientiert ausgewertet und in Stadtteilprofilen gebündelt. Für jeden Stadtteil werden realistische Zielbilder als Grundlage für zielorientiertes Handeln entwickelt. Jeder Stadtteil soll über mindestens eine Anlaufstelle verfügen, zu der Bürgerinnen und Bürger mit allen Anliegen kommen können. Städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Stadtteilen arbeiten, werden über eine Fortbildung in ihrem Selbstverständnis und in ihrer Doppelfunktion als Repräsentanten der Stadt im Stadtteil und Anwälte der Stadtteile innerhalb der Verwaltung gestärkt. Über standardisierte und kontinuierliche Informationen zu Planungen, Ansprechpartnern und Dienstleistungen der Verwaltung soll Transparenz über relevante stadtteilbezogene Informationen für die Bürgerinnen und Bürger erreicht werden.“

Diese Liste könnte fortgesetzt werden. Im Sinne der strategischen Steuerung geht es vor allem um Wirkungen, die wir für die Menschen erreichen wollen. Um Teilhabe und Mitwirken am politischen Geschehen und auch um ein neues Selbstverständnis zu seinem Stadtteil und seiner Stadt. Kernpunkte sind für uns die Information, Kommunikation und Beteiligung der Stadtteilorientierung. Die Bezirksbeiräte spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Stadtteilorientierung – Quartiermanagement

Für die weitere Arbeit in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen ist das Quartiermanagement ein spezifisches Instrument. Quartiermanagement setzt überdurchschnittlich komplexe Problemlagen voraus und soll zunächst auf vier Jahre angelegt sein, mit der Option, es um weitere vier Jahre zu verlängern und gegebenenfalls auch danach noch fortführen zu können. Damit ist sichergestellt, dass ein Quartiermanagement, wenn die Problemlagen vor Ort dies erfordern, fortgeführt werden kann. Voraussetzung ist allerdings, dass an der Problemlage orientierte Ziele formuliert und diese anhand vorgegebener Kriterien umgesetzt werden. Mit der gefundenen neuen Trägerstruktur zwischen der Verwaltung, der GBG und den Wohlfahrtsverbänden ist es gelungen, eine solide zukunftsfähige Basis zu schaffen. Mit dem in Gründung befindlichen Beirat stellen wir sicher, dass die Entwicklungen des Quartiermanagements durch den Gemeinderat begleitet und bei erkennbaren Fehlentwicklungen

gegengesteuert werden kann. Das Quartiermanagement im Jungbusch, in der Neckarstadt-West, in der Östlichen und Westlichen Unterstadt, auf der Hochstätt und im Herzogenried kann mindestens bis zum 31.12. 2014 fortgesetzt werden. Sobald belastbare Daten vorliegen, werden diese Quartiermanagementprojekte zusammen mit den Quartieren Schönau und Waldhof-Ost einer erneuten Überprüfung hinsichtlich des Bedarfs unterzogen. Wir werden bei der Evaluierung des Quartiermanagements die Entwicklungen genau beobachten und auf dieser Grundlage die erforderlichen Entscheidungen für die Quartiersentwicklungen treffen.

Bürgerschaftliche Beteiligung – Bürgerschaftliches Engagement

Die Leitlinien des Gemeinderates der Stadt Mannheim zur Stärkung der bürgerschaftlichen Beteiligung und des bürgerschaftliche Engagements verstehen sich nicht als abschließend, sondern werden im Dialog mit Politik, Verwaltung und Bürgerschaft weiterentwickelt. Sie stellen nicht nur einen Meilenstein auf dem Mannheimer Weg zur Bürgerstadt dar, sondern dienen zugleich als Orientierungsrahmen und Qualitätsmaßstab für die weitere Projektarbeit mit den drei Bausteinen „Bürgerschaftliche Beteiligung“, „Bezirksbeiratsarbeit“ und „Bürgerschaftliches Engagement“.

Bürgerschaftliche Beteiligung:

Wichtige Gruppen unserer Stadtgesellschaft sind in den bisherigen Beteiligungsformen unterrepräsentiert und werden kaum wahrgenommen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben wertvolle Kenntnisse über die Probleme vor Ort. Diese wollen wir für eine moderne Stadtpolitik nutzen und durch neue Beteiligungsformen einbinden. Wir sind der Überzeugung, dass Grundsätze, Leitlinien und Regeln für die Beteiligung notwendig sind. Gemeinderat und Verwaltung verstehen die Bürgerstadt als ihr gemeinsames Anliegen und nicht nur als eine Domäne von Beteiligungsspezialisten oder gut organisierten Interessenvertretern. Bürgerorientierung muss versuchen, alle mitzunehmen und alle Interessen für die zu treffenden Entscheidungen abzuwägen. Es muss gelingen, insbesondere an die Bevölkerungsgruppen heranzukommen, die sich nicht angesprochen fühlen. Unabdingbar sind

allerdings Spielregeln für die Grenzen der Bürgerbeteiligung im Verhältnis zur Legitimation des Gemeinderats als gewähltem Souverän. Diese Regeln müssen verständlich und transparent kommuniziert werden. Ziel ist es, mit intensiver Bürgermitwirkung einen größtmöglichen Interessenausgleich zu erreichen. In Abwandlung von St. Exuperys berühmtem Bild vom Schiffe bauen formulieren wir zur Bürgerstadt abschließend:

„Wenn Du eine Stadt sozial gestalten und bürgerschaftlich beleben willst, so tromme nicht Leute zusammen, um sie einzuplanen in bestimmte Problemgebiete, an bestimmte Träger oder mit klar vorgegebenen Methoden, sondern wecke in ihnen die Sehnsucht nach einer vielfältigen, toleranten, lebendigen, einander wahrnehmenden Stadt“.

Bezirksbeiratsarbeit:

Wir schätzen die Arbeit der Bezirksbeiräte in ihrer Rolle zwischen Bürgerschaft, dem Gemeinderat und der Verwaltung. Ihre Beratungsfunktion und der enge Kontakt vor Ort sind eine wertvolle Entscheidungshilfe für den Gemeinderat. In einer Großgruppenkonferenz mit den Bezirksbeiräten kam zum Ausdruck, dass sowohl die Bezirksbeiräte selbst, der Gemeinderat und die Verwaltung hinsichtlich ihrer Rollen, der Aufgaben sowie der Rechte und Pflichten einen Klärungsbedarf haben. Erste Ergebnisse wurden bereits erarbeitet und sollen in den nächsten Wochen dem Gemeinderat vorgelegt werden. Die Verbesserungen der Arbeit der Bezirksbeiräte (Antrags- und Sitzungsmanagement), der Kommunikation und des Informationsflusses zwischen den kommunal Beteiligten zur Effizienzsteigerung finden unsere Zustimmung. Die weitere Projektarbeit wollen wir konstruktiv begleiten.

Bürgerschaftliches Engagement:

Alle Formen von bürgerschaftlichem, ehrenamtlichem und gesellschaftlichem Engagement sollen die gebührende gesellschaftliche Wertschätzung erfahren. Dazu gehören sowohl eine entsprechende Anerkennungskultur als auch adäquate Unterstützungsstrukturen. Dies ist Teil unseres politischen Selbstverständnisses. Der Einsatz und die Leistungen vieler Vereine für das soziale und kulturelle

Leben in den Stadtteilen sind unersetzbar. Die Verschärfungen im Lebensmittel- und Hygienerecht in Baden-Württemberg machen es fast unmöglich, ein Straßenfest, einen kirchlichen Bazar oder sonstige Feste durchzuführen. Wir wollen die Vereine weiter stärken und Ihnen bei der Durchführung von Festen und anderen Aktivitäten entgegenkommen. Wir denken dabei an einen Ansprechpartner in der Verwaltung, der alle Angelegenheiten erledigt und die notwendigen Genehmigungen einholt. Auch über die Höhe der Verwaltungsgebühren bis hin zu einem „Erlass“ müssen wir nachdenken.

Sicherheit und Sauberkeit in den Stadtteilen

Zu den zentralen Dimensionen der Lebensqualität gehören die Sicherheit, Sauberkeit und das Sicherheitsgefühl des Einzelnen. Nur auf diese Weise kann man sich im eigenen Wohngebiet wohlfühlen. Weil Sicherheit vor Ort stattfindet, sind insbesondere die einzelnen Stadtteile gefragt und Kommunale Kriminalprävention ist geeignet, um sich in dem eigenen Stadtteil sicher zu fühlen. Ziel ist es, direkt vor Ort, vernetzt mit den dort zuständigen Vereinen und Institutionen und – entscheidend – mit den Bürgerinnen und Bürgern das subjektive Sicherheitsempfinden zu stärken. Deshalb haben wir uns im Rahmen der Sicherheitstour der SPD-Gemeinderatsfraktion die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort angehört und auch Angsträume angesehen, wie Unterführungen oder Haltestellen, an denen etwa alkoholisierte Personen den Aufenthalt unangenehm gestalten. Durch Kommunale Kriminalprävention kann es uns auch gelingen, die Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten zu erleichtern. Durch die stärkere Vernetzung und Beteiligung ist es möglich, die Interessen verschiedener Akteure zu bündeln.

Zu den Forderungen nach der Ausdehnung des Kommunalen Ordnungsdienstes in die Stadtteile haben wir noch keine abschließende Meinung, insbesondere deshalb, weil die Verwaltung derzeit ein verändertes Konzept zu den Aufgaben des Kommunalen Ordnungsdienstes erarbeitet. Deshalb werden wir nach Vorlage einer Neukonzeption und Diskussion in den zuständigen Ausschüssen über unsere weiteren Schritte intensiv beraten, um passgenaue Lösungen zu finden.

Zusammenfassung:

- Programm „Soziale Stadt“ fortsetzen
- In die Infrastruktur der Stadtteile investieren
- Quartiermanagement durch Beirat begleiten
- Bürgerbeteiligung durch neue Beteiligungsformen ausweiten
- Bezirksbeiratsarbeit reformieren
- Bürgerschaftliches Engagement wertschätzen und unterstützen
- Neukonzeption des Kommunalen Ordnungsdienstes intensiv diskutieren

Danke

Wir haben uns viel vorgenommen. Wir laden Sie ein, mit uns in einen konstruktiven Diskurs über die Zukunft unserer Stadt einzusteigen.

Ich schließe daher in meine Danksagung im Namen der SPD-Gemeinderatsfraktion nicht nur die zahlreichen Mütter und Väter dieses Haushaltsplanentwurfes ein, an der Spitze Herr Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, Herr Erster Bürgermeister Christian Specht, unsere Frau und Herren Bürgermeister sowie die zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mein Dank geht auch an den Gesamtpersonalrat, stellvertretend Frau Gitta Süß-Slania, und an die Personalräte in den Fachbereichen und Dienststellen, die im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr gut mit uns zusammenarbeiten.

Ich bedanke mich bei allen, die uns in Vorgesprächen mit ihrem Fachwissen beraten haben – innerhalb wie außerhalb der Verwaltung. Ich bedanke mich für die kritische Reflektion durch unsere Partei und für die zahlreichen Anregungen aus der Bevölkerung.

Und ganz besonders geht mein Dank an unseren Fraktionsgeschäftsführer, Helmut Lupke, der durch seine Erfahrung und Gelassenheit, gemeinsam mit seinen Mitarbeitern, maßgeblich zum Gelingen meiner ersten Haushaltsrede beigetragen hat.

Abschließend bedanke ich mich sehr herzlich bei meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen für die Unterstützung und freue mich nun auf die Etatberatungen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!